

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Pressekonzentration, Kollektive Arbeitsbeziehungen
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Gesellschaftliche Debatte
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Clivaz, Romain
Ehrensperger, Elisabeth
Gerber, Marlène
Giger, Nathalie
Gökce, Melike
Heidelberger, Anja
Hirter, Hans
Hohl, Sabine
Mosimann, Andrea
Müller, Eva
Porcellana, Diane
Scherrer, Debora
Schär, Suzanne
Zwahlen, Christiane

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Clivaz, Romain; Ehrensperger, Elisabeth; Gerber, Marlène; Giger, Nathalie; Gökce, Melike; Heidelberger, Anja; Hirter, Hans; Hohl, Sabine; Mosimann, Andrea; Müller, Eva; Porcellana, Diane; Scherrer, Debora; Schär, Suzanne; Zwahlen, Christiane 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Pressekonzentration, Kollektive Arbeitsbeziehungen, Gesellschaftliche Debatte, 1990 - 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Sozialpolitik	1
Bevölkerung und Arbeit	1
Kollektive Arbeitsbeziehungen	1
Bildung, Kultur und Medien	6
Kultur, Sprache, Kirchen	6
Sprachen	6
Medien	6
Presse	6
Medienpolitische Grundfragen	28

Abkürzungsverzeichnis

SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
KVF-SR	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerates
SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
NEAT	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
GAV	Gesamtarbeitsvertrag
SDA	Schweizerische Depeschagentur AG
SEV	Gewerkschaft des Verkehrspersonals
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
fög	Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft
WEKO	Wettbewerbskommission
SMUV	Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (urspr. Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband)

SECO	Secrétariat d'Etat à l'économie
CTT-CE	Commission des transports et des télécommunications du Conseil des Etats
SSR	Société suisse de radiodiffusion
NLFA	Nouvelle ligne ferroviaire à traverser les Alpes
CFF	Chemins de fer fédéraux suisses
CCT	Convention collective de travail
ATS	Agence Télégraphique Suisse SA
SEV	Syndicat du personnel des transports
DFE	Département fédéral de l'économie publique
fög	Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft (institut de recherche)
COMCO	Commission de la concurrence
FTMH	Syndicat de l'industrie, de la construction et des services (initialement Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie)

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Bevölkerung und Arbeit

Kollektive Arbeitsbeziehungen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 06.07.1990
MARIANNE BENTELI

Drei Jahre vor Ablauf des geltenden **Friedensabkommens** veröffentlichte der Arbeitgeberverband der Schweizer **Maschinen- und Metallindustrie** (AMS) seine Vorstellungen von dessen Erneuerung. Er regte an, die Verhandlungen rationeller zu gestalten, den Vertrag nicht mehr zu befristen und neue Themen wie die Arbeitsgestaltung zu behandeln, die quantitativen Fragen (Löhne, Arbeitszeit, Sozialversicherungen etc.) hingegen den einzelnen Betriebskommissionen zu überlassen. Die Gewerkschaften kritisierten das einseitige Vorgehen der Arbeitnehmer. Sie zeigten sich zwar bereit, neue Themen in die Diskussionen einzubeziehen, lehnten aber jede Verwässerung des GAV ab und wehrten sich gegen einen "Arbeitsfrieden zum Nulltarif".¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 28.11.1991
MARIANNE BENTELI

Da aufgrund der allgemeinen Finanzknappheit in zahlreichen Kantonen der automatische Teuerungsausgleich für das Staatspersonal in Frage gestellt wurde, gingen die **Staatsangestellten im Berichtsjahr mehrmals auf die Strasse**. Während sie sich in den Kantonen Bern, Genf und Zürich mit Demonstrationen begnügten, kam es in den Kantonen Freiburg und Waadt zu beschränkten Arbeitsniederlegungen.²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 17.09.1992
MARIANNE BENTELI

In **Genf** demonstrierte das **Staatspersonal** wiederholt mit Arbeitsniederlegungen und Strassendemonstrationen gegen die Sparmassnahmen – Einfrieren der Löhne und Personalabbau –, mit denen die Regierung das Defizit in der Staatskasse bekämpfen wollte. Zu Manifestationen von Staatsbeamten kam es auch in den Kantonen Waadt und Jura sowie im französischsprachigen Teil des Kantons Bern, wo die Lehrerschaft gegen Sparpläne der Regierung im Bildungswesen protestiert.³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 06.11.1992
MARIANNE BENTELI

Bei der Einschätzung der GAV manifestiert sich die bröckelnde **Sozialpartnerschaft** besonders deutlich. Die Arbeitgeberorganisationen plädieren immer offener für eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und für mehr Wettbewerb bei den Löhnen. Arbeitgeber-Präsident Richterich stellte denn die GAV auch schon grundsätzlich in Frage. Seiner Meinung nach verhindern sektorielle, regionale oder nationale Vereinheitlichungen der Arbeitskosten die Konkurrenz. Die Gewerkschaften ihrerseits drohten mit Arbeitskämpfen und Streik, falls die Arbeitgeber die Gesamtarbeitsverträge durch Betriebsvereinbarungen ersetzen wollten.⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.06.1996
MARIANNE BENTELI

Richterich musste sich daraufhin nicht nur von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften den Vorwurf gefallen lassen, seine Vorstellungen seien letztlich wirtschaftsfeindlich, da sie über kurz oder lang einen den Haupttrümpfe der Schweizer Wirtschaft, nämlich den sozialen Frieden gefährden könnten. Auch Bundesrat Villiger mahnte – ohne Richterich namentlich zu erwähnen –, es sei immer eine Stärke der Schweiz gewesen, Differenzen im Geiste der Sozialpartnerschaft zu besprechen, wodurch meistens auch konsensfähige Lösungen gefunden worden seien. In einem Aufruf stützte der Gesamtbundesrat den Finanzminister und zeigte sich besorgt über die **abnehmende Gesprächsbereitschaft** der verschiedenen Gruppen des Landes. Die heutigen Probleme könnten nur über einen konstruktiven Dialog gelöst werden. Letztlich seien die politisch Verantwortlichen aller Stufen sowie die Sozialpartner gemeinsam für den Ausgleich und den Zusammenhalt in der Schweiz verantwortlich.⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 14.11.1997
MARIANNE BENTELI

Am 19. Juli jährte sich der Abschluss des legendären "**Friedensabkommens**" in der **Maschinenindustrie** zum 60. Mal. Während noch zehn Jahre zuvor das Jubiläum an einer gemeinsamen Veranstaltung von politischen Behörden, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Medien gefeiert worden war, wurde im Berichtsjahr - auf dem Hintergrund der Neuverhandlungen des Gesamtarbeitsvertrags in der Maschinen- und Metallindustrie - der pionierhaften Leistung separat und **mit durchaus kämpferischen Tönen** gedacht. Der SMUV erklärte, er halte zwar an der Sozialpartnerschaft fest, wolle aber wieder "streikfähig" werden. Ähnlich Äusserungen machte auch der Verband schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinen- und Elektroindustrie (VSAM), der bei einer weiteren Aushöhlung der GAV durch die Arbeitgeber Kampfmassnahmen ebenfalls nicht mehr ausschloss. Der Direktor des Arbeitgeberverbandes der Schweizer Maschinenindustrie (ASM) erklärte seinerseits, man strebe weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an, wolle aber nicht um jeden Preis an einem Neuabschluss des GAV festhalten. Angesichts der Tatsache, dass die Produktivität in der Maschinenindustrie innert sechs Jahren um rund 20% zugenommen hat, was sich auch in einem Rückgang der Zahl der Beschäftigten von 400 000 auf 340 000 zeigte, forderte der SMUV eine zehnprozentige Arbeitsverkürzung ohne Lohnabbau.⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 11.10.2004
MARIANNE BENTELI

Der GAV der **grafischen Industrie** lief nach zehn Jahren Ende April aus. Die Gewerkschaft Comedia drohte bereits zu Jahresbeginn mit Streikbewegungen, falls der neue GAV nicht deutliche Verbesserungen bringe. Die Comedia forderte für den neuen Vertrag unter anderem den automatischen Teuerungsausgleich und eine Realloohnerhöhung von CHF 200 für alle, da die Löhne in den letzten zehn Jahren stagniert hätten, während die Produktivität um 30 Prozent zugenommen habe. Das Ansinnen der Arbeitnehmer, die Arbeitsbedingungen nur noch zum Teil im GAV zu regeln und mehrheitlich in den Betrieben auszuhandeln, lehnte die Gewerkschaft ab. Zudem verlangte sie, dass der GAV von den Behörden als allgemeinverbindlich zu erklären sei. Bisher galt er nur für 12'000 der gut 30'000 Beschäftigten. Abseits standen insbesondere der Westschweizer Verlagskonzern Edipresse, die Zürichsee Druckereien und der Verlag «Südostschweiz». Bei einer ersten Verhandlungsrunde Anfang Jahr beharrten beide Sozialpartner auf ihren Positionen. Für die Arbeitgeber war die absolute Friedenspflicht Bedingung für Verhandlungen; die Gewerkschaften Comedia und Syna wandten sich kategorisch gegen diese Forderung und wollten lieber über inhaltliche Fragen des GAV diskutieren. Die im Schweizerischen Verband für visuelle Kommunikation (Viscom) zusammengeschlossenen Arbeitgeber schlugen eine Verlängerung des bisherigen GAV um fünf Jahre vor, was wiederum von den Gewerkschaften abgelehnt wurde. Im September erfolgte dann der Durchbruch: der neue, auf vier Jahre abgeschlossene GAV sieht eine Erhöhung der Mindestlöhne um CHF 300 für Ungelernte und von CHF 150 bis 200. für Gelernte vor. Nicht durchsetzen konnten sich die Gewerkschaften mit ihrem Wunsch nach einer generellen Lohnerhöhung und bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des GAV.⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 24.10.2007
MARIANNE BENTELI

Sehr lange, aber ohne die Begleitung durch Kampfmassnahmen, hatten die Verhandlungen um einen **neuen GAV im Holzbaugewerbe** mit seinen rund 13'000 Beschäftigten gedauert. Sie waren 2003 aufgenommen worden, die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch den Bundesrat kam jedoch erst im Berichtsjahr zustande. Hauptgrund für die Verzögerung waren Einwände von Arbeitgeberverbänden benachbarter Branchen gewesen.⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 02.11.2007
MARIANNE BENTELI

Wie nach den Positionsbezügen im Vorjahr zu erwarten war, gestaltete sich die Weiterführung des Gesamtarbeitsvertrags (**Landesmantelvertrag, LMV**) im Bauhauptgewerbe, das über 100'000 Beschäftigte (davon rund 80'000 Festangestellte) zählt, als äusserst schwierig. Im Mai beschlossen die Bauunternehmer, den seit Anfang 2006 geltenden LMV auf Ende September 2007 zu kündigen. Die Arbeitgeber beschuldigten die Gewerkschaften Unia und Syna, bei der Frage der Flexibilisierung der Arbeitszeiten zwecks der Kompensation von ausgefallenen Arbeitsstunden infolge von schlechtem Wetter und Ähnlichem nicht kompromissbereit zu sein. Auf den 1. Oktober trat die Kündigung des LMV durch die Bauunternehmer in Kraft, wobei die Arbeitgeber zugesichert hatten, sich während der vertragslosen Zeit an die Bestimmungen des alten LMV halten zu wollen. Die Gewerkschaft Unia hatte Ende September mit einer grossen Demonstration (rund 15'000 Teilnehmende) in Zürich gegen die Vertragsauflösung protestiert, und die Bauarbeiter hatten sich gemäss Angaben der Gewerkschaften in Abstimmungen auf den Bauplätzen zu rund 85% für Kampfmassnahmen

ausgesprochen.

Mitte Oktober begannen die Unia und die Syna ihre kurzen **Streiks** auf den NEAT-Baustellen und in den Städten Genf, Bern und Neuenburg. Anfangs November legten sie für einen Tag mehr als 200 Baustellen in und um Zürich sowie in Basel lahm. Sozusagen als Begleitaktion drohte der Schweizerische Gewerkschaftsbund, dass er bei Nichtzustandekommen eines GAV die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien bekämpfen werde. Nachdem die Gewerkschaften die Vorsteherin des EVD, Doris Leuthard, um Vermittlung ersucht hatten, stellte sich auf deren Wunsch hin der pensionierte Seco-Spitzenbeamte Jean-Luc Nordmann als Mediator zur Verfügung. Die Gewerkschaften sistierten während der Vermittlung alle weiteren geplanten Kampfaktionen. Mitte Dezember einigten sich die Verhandlungsdelegationen der Sozialpartner auf einen Kompromiss, der allerdings im Januar 2008 noch von den Delegiertenversammlungen ratifiziert werden muss.⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 08.04.2008
MARIANNE BENTELI

In Bellinzona reagierten die Beschäftigten der SBB-Unterhaltswerkstätte anfangs März mit einem unbefristeten Streik auf den Entscheid des SBB-Verwaltungsrates, den rund 400 Personen umfassenden Personalbestand massiv abzubauen. Im Rahmen einer Restrukturierung von SBB-Cargo wollte die SBB in Bellinzona 128 Stellen abbauen, 18 nach Chiasso (TI) verlegen und 10 ins Werk Yverdon (VD) verschieben, wo in Zukunft der Lokomotivunterhalt konzentriert werden soll. Offen war noch, wie es mit dem Bereich Güterwagen-Unterhalt mit über 200 Beschäftigten weitergehen soll. Erwogen wurde ein gemeinsames Projekt mit einer Privatfirma aus der Region. In der Folge zeigte sich in der Agglomeration Bellinzona, ja im ganzen Tessin eine breite Solidarität mit den Streikenden. In Grossdemonstrationen manifestierten die Bevölkerung, aber auch Politiker aller Parteien und Vertreter der katholischen Kirche gegen den Stellenabbau und die drohende Schliessung der „Officine FSS“. Obwohl die gewerkschaftlich Organisierten unter den Streikenden mehrheitlich dem Schweizerischen Eisenbahnerverband (SEV) angehörten, traten vor allem das betriebliche Streikkomitee und die Gewerkschaft Unia in Erscheinung.

Eine Gesprächsrunde zusammengesetzt aus Tessiner Politikern, einer Delegation der SBB und Bundesrat Leuenberger schlug vor, dass unter der Voraussetzung eines Streikabbruchs die SBB den Stellenabbau vorübergehend sistieren solle. Sie hätte dann die den Reorganisationsbeschlüssen zugrunde liegenden Berechnungen transparent zu machen und mit den Arbeitnehmervertretern nochmals Verhandlungen über die Zukunft der Werkstätte zu führen. Die Streikenden lehnten dieses Angebot zweimal ab. Sie verlangten Garantien für das uneingeschränkte Weiterbestehen des SBB-Werks in Bellinzona, wobei die Beschäftigten weiterhin dem SBB-GAV unterstellt sein müssten. Nach genau einem Monat, am 7. April, brachen die Streikenden ihre Aktion ab, ohne dass man sich auf eine Lösung geeinigt hätte. In der Folge wurden Verhandlungen zwischen der SBB und den Gewerkschaften und mit alt-Nationalrat Franz Steinegger (fdp, UR) als Vermittler aufgenommen. Diese führten nach sechs Monaten zu einer Einigung, welche den **Bestand der Werkstätte Bellinzona bis 2013 garantiert**, von dieser aber eine höhere Produktivität fordert. Die gleichzeitig mit dem Abbau in Bellinzona beschlossene Schliessung des SBB-Cargo-Kundenzentrums in Freiburg (165 Stellen) und der Personalabbau im SBB-Werk Biel (46 Stellen) führte zwar auch zu Protesten, aber nicht zu Arbeitsniederlegungen.¹⁰

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 30.04.2008
MARIANNE BENTELI

Der Konflikt über den Abschluss eines neuen **Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe** lebte im Berichtsjahr wieder auf. Die Delegiertenversammlung der Baumeister lehnte am 24. Januar den im Vorjahr zwischen den Spitzen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände erzielten Kompromiss deutlich, mit 91 zu 14 Stimmen ab. Sie beauftragte ihren Verband, Nachverhandlungen zu zwei Bereichen aufzunehmen. Erstens über die Regeln für die Kompensation von wetterbedingten Ausfallstunden, welche für kleine Baufirmen zu kompliziert seien, und zweitens über den von allen Beschäftigten alimentierten «Parifonds», aus welchem neben Weiterbildungsangeboten auch die Kosten für die Überwachung der Vertragseinhaltung finanziert werden. Der grösste Baukonzern der Schweiz, Implenia, sowie einige weitere grosse Unternehmen distanzieren sich allerdings von dieser Entscheidung und drängen auf einen Vertragsabschluss. Die Gewerkschaftsdelegierten stimmten ihrerseits dem neuen Vertrag einstimmig zu; sie sprachen sich gegen Nachverhandlungen aus und drohten mit der Wiederaufnahme der Streiks. Diese Drohung lösten sie im März ein: Auf mehreren Baustellen in Basel und später auch in Zürich traten die Beschäftigten in

kurze, nicht angekündigte Streiks und führten Demonstrationen durch. In mehreren Kantonen (Tessin, Freiburg, Waadt) desavouierten die kantonalen Baumeisterverbände den nationalen Verband und unterzeichneten den Vertrag. Im April nahmen die Sozialpartner ihre Gespräche auf nationaler Ebene wieder auf. Erneut fungierte Jean-Luc Nordmann als Vermittler und hatte Erfolg. Mitte April einigten sich die Verhandlungsdelegationen, den im Vorjahr ausgehandelten Vertrag in Kraft zu setzen. Einige Auslegungsprobleme bei den zwei von den Baumeistern kritisierten Punkten Ausfallzeitkompensation und Parifonds wurden geklärt und gelöst. Die Delegiertenversammlungen der Gewerkschaften Unia und Syna sowie des Baumeisterverbands hiessen den neuen Landesmantelvertrag Ende April gut; er wurde auf den 1. Mai in Kraft gesetzt.¹¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 26.06.2008
MARIANNE BENTELI

Der erste Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die über 260'000 **Temporärangestellten** in der Schweiz wurde Realität. Der Branchenverband Swisstaffing und die Gewerkschaft Unia stimmten dem ausgehandelten Abkommen zu. Diese Wirtschaftsbranche hat ein starkes Wachstum von rund 12% pro Jahr. Beide Seiten zeigten sich zufrieden, da es gelungen sei, sowohl die Flexibilitätsanforderung der Arbeitsvermittler als auch das Sicherheitsbedürfnis der Temporärangestellten auf einen Nenner zu bringen.¹²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 18.11.2008
MARIANNE BENTELI

Im Juli kam es auf der **NEAT-Baustelle** am Monte Ceneri (TI) zu einer drei Tage dauernden Arbeitsniederlegung von 50 Bauarbeitern. Gemäss Unia ging es um einen Protest gegen Spesenregelungen. In La Chaux-de-Fonds und Neuenburg traten im November **Journalisten** der Zeitungen Express und L'Impartial in einen drei Tage dauernden Streik um gegen den Abbau von 15 Stellen zu protestieren.¹³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 04.01.2010
NATHALIE GIGER

Der **Flughafen Genf-Cointrin** war während des Berichtjahres Schauplatz von mehreren Arbeitskämpfen und Streiks. Angefangen hatte die Streikserie im Januar als das Personal der **Gepäcksortierung die Arbeit niederlegte** und damit während eines der wichtigsten Wochenenden des Jahres für Chaos auf dem Flughafen sorgte. Grund des Arbeitskampfes, an dem sich ursprünglich Arbeitnehmer von Swissport und Dnata beteiligten, war ein neuer GAV, der seit Jahresbeginn in Kraft war. Dieser war von der Gewerkschaft PUSH unterschrieben worden, fand aber nicht die Zustimmung aller Arbeitnehmenden und des VPODs. Die Streikenden forderten 250 Fr. mehr Lohn und eine bessere Abgeltung von Nacht- und Wochenendarbeit. Die Angestellten von Dnata kamen jedoch bereits nach einem Tag zu einer Übereinkunft mit ihrem Arbeitgeber und brachen ihren Streik ab. Sie hatten unter anderem eine Lohnerhöhung und Verhandlungen über einen neuen GAV erreicht. Die Angestellten von Swissport, je nach Schätzung waren zwischen 20 und 70 Personen am Streik beteiligt, zogen ihren Arbeitskampf jedoch weiter. Nach 11 Tagen wurde unter der Federführung des Genfer Staatsratspräsidenten François Longchamp (fdp), der auch gleichzeitig Präsident des Flughafens Genf ist, ein Kompromiss ausgehandelt. Dieser brachte den Streikenden 40 Fr. mehr Lohn, eine einmalige Prämie, Verbesserungen bei den Überzeiten und eine bessere Abgeltung der Nachtarbeit. Vertreter der Gewerkschaft VPOD sprachen von einer totalen Lohnerhöhung von Fr. 180.¹⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 14.11.2010
NATHALIE GIGER

Die **Fluggesellschaft Swiss** und die Gewerkschaften und Personalverbände haben sich auf einen neuen Gesamtarbeitsvertrag geeinigt. Damit erhält das Swiss Bodenpersonal ab 2011 2% mehr Lohn sowie Anspruch auf einen Vaterschaftsurlaub von 5 Tagen. Mit dem Zustandekommen konnte der bisherige GAV frühzeitig aufgelöst werden.¹⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 26.11.2010
NATHALIE GIGER

Die SBB einigten sich mit Personalverbänden auf einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Kernstück ist ein neues Lohnmodell, bei dem individuelle Leistung stärker betont wird als Anciennität und langjährige Betriebszugehörigkeit. Übergangsbestimmungen gewährleisten die Wahrung des Status quo für die Mitarbeitenden. Der neue GAV soll nach der Bestätigung durch alle Instanzen per 1. Juli 2011 in Kraft treten.¹⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 08.12.2010
NATHALIE GIGER

Der deutsche **Discounter Lidl** unterzeichnete als erster der in ganz Europa vertretenen Lidl-Gruppe einen Gesamtarbeitsvertrag mit der Gewerkschaft Syna und dem KV Schweiz. Der GAV gilt ab März 2011 und betrifft ca. 1100 Personen. Er setzt Mindestlöhne auf dem aktuellen Niveau fest, bringt den Angestellten jedoch auch einige Verbesserungen beispielsweise bei der Wochenarbeitszeit oder bei den Ferienansprüchen. Laut Gewerkschaftsvertretern ist das Niveau mit anderen Detailhandelsunternehmen wie Migros oder Coop vergleichbar. Nicht am Verhandlungstisch sass die Gewerkschaft Unia.¹⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 23.12.2010
NATHALIE GIGER

Im **Dezember** spitzte sich in Genf zudem ein **Arbeitskampf der Fluggesellschaft Bamboo** zu. Diese Gesellschaft war verkauft worden und die Belegschaft sollte entlassen werden. Dagegen wehrten sich die Angestellten mithilfe der Gewerkschaft VPOD mit einer kurzzeitigen Besetzung des Geschäftssitzes von Bamboo. Nach einem Gespräch mit der Geschäftsleitung zogen die Demonstranten wieder ab und akzeptierten die Entlassungen, die laut Bamboo unausweichlich waren.¹⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 19.02.2018
DIANE PORCELLANA

La direction de l'**Agence télégraphique suisse (ATS)** a annoncé une restructuration, en raison des pertes de recettes estimées à 3,1 millions de francs pour l'année 2018, en plus de la perte de 1 million pour l'année 2017. Victime de la crise de la presse, les causes invoquées sont la baisse des tarifs et l'abandon de certains services par leurs clients. Elle prévoit de supprimer 36 postes sur un total de 150 équivalents plein-temps. Le 23 janvier 2018, plusieurs employés et employées manifestent devant le siège de l'agence à Berne. Cette action se solde par l'adoption d'une résolution visant l'abandon de la restructuration et l'élaboration d'une stratégie basée sur la concertation. Le dimanche suivant, plus de 200 personnes se rassemblent à Lausanne pour exprimer leur soutien à l'ATS et à la presse, suite à l'appel du PS lausannois. Le lundi 29 janvier 2018 au soir, l'assemblée du personnel décide par 124 voix contre 8 et 6 abstentions de débiter une **grève**. La commission de rédaction reproche à la direction l'ampleur et la rapidité de l'annonce des coupes, ainsi que son manque de vision stratégique. Le lendemain, un mouvement de grève illimitée des salariées et salariés de l'ATS est entamé. Ils exigent des négociations avec le Conseil d'administration. En parallèle, une délégation de journalistes rencontre le président du Conseil d'administration, toutefois sans avancée majeure. Après quatre jours de grève, le Conseil d'administration se déclare prêt à négocier avec la rédaction et les syndicats, mais demande que la grève s'arrête durant ces discussions.

Du côté du monde politique, plusieurs parlementaires et acteurs cantonaux affichent leur soutien. La commission des transports et des télécommunications du Conseil des Etats (CTT-CE) discute de l'avenir de l'ATS qui remplit une mission de service public. Le PS réfléchit à déposer une motion lors de la session de printemps 2018 pour venir en aide à l'ATS. Interrogée, la conseillère fédérale Doris Leuthard écarte l'idée d'un coup de pouce direct à l'entreprise. Toutefois, la Confédération verse actuellement déjà environ 2,7 millions de francs en tant qu'abonnée aux dépêches de l'ATS. Une consultation est en cours pour que, dès 2019, 2 millions supplémentaires inscrits dans la nouvelle redevance radio-TV s'y ajoutent.

Le 19 février 2018, une délégation du Conseil d'administration discute une quatrième fois avec les partenaires sociaux. Il présente un plan social, à hauteur de 2,5 millions de francs, avec des solutions pour les douze personnes concernées par une mise à la retraite précoce et les huit journalistes congédiés sans solution de sortie. Il énonce la perspective de créer un fonds de cas social doté de 100'000 francs. Aucun accord n'est trouvé. Le SECO met donc en place une procédure de conciliation qui se solde par le règlement du conflit social. Les salariés concernés par le plan social toucheront un mois de salaire supplémentaire. Les employés, dont le temps de travail a été réduit, seront prioritaires pour les futurs recrutements. Finalement, les salariés de plus de 60 ans pourront retrouver leur emploi.¹⁹

Bildung, Kultur und Medien

Kultur, Sprache, Kirchen

Sprachen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 25.03.2019
MELIKE GÖKCE

Rund zwei Jahre nach der Ankündigung der Samedia AG, die rätoromanische Tageszeitung «La Quotidiana» nicht mehr mitfinanzieren zu wollen, und der damit aufgeworfenen Frage um die Zukunft der romanischen Medienlandschaft im Allgemeinen stellten Vertreterinnen und Vertreter der romanischen Medien im Frühjahr 2019 ein neues Medienkonzept vor, von dem sie sich eine Entlastung der Situation erhofften. Im Rahmen des Projektes «**Medias rumantschas 2019**» wollten öffentliche und private rätoromanische Medien ab Anfang 2020 zusammenspannen und täglich ein Medienangebot in der vierten Landessprache bereitstellen. Auf den Weg gebracht wurde das Konzept unter der Leitung der Lia Rumantscha. Mit von der Partie waren die Zeitungen «Engadiner Post/Posta Ladina», «La Quotidiana» und «La Pagina da Surmeir», die SRG-Tochter Radiotelevisiun Svizra Rumantscha (RTR), die Samedia AG sowie die ehemalige Agentura da Novitads Rumantscha (ANR). Letztere war im Rahmen der Neukonzeption in die unabhängige Stiftung «Fundaziun da medias rumantschas» (FMR) überführt worden, welche sich in einem wesentlichen Punkt von ihrer Vorgängerin unterschied: Vertreterinnen und Vertreter von Medienhäusern mit Leistungsvereinbarungen erhielten keinen Einsitz mehr in den FMR-Stiftungsrat, sondern sollten ihre Anliegen an einen der FMR beigeordneten Konsultationsrat richten. Während der Kernauftrag der FMR in der Sicherstellung der medialen Versorgung der rätoromanischen Bevölkerung in Textform lag, sollte RTR in erster Linie Nachrichten und Aktualitäten beisteuern. Derweil investierte Samedia in den Vertrieb, die Verbreitung und das Marketing, wie Samedia-Geschäftsführer Silvio Lebrument gegenüber den Medien erläuterte.

Das von der FMR und RTR in allen fünf Idiomen und auf Rumantsch Grischun produzierte Textangebot soll allen beteiligten Partnern kostenlos und zur gleichberechtigten Verwendung auf einer Plattform zur Verfügung gestellt werden. Damit dieser erweiterte Auftrag erfüllt werden kann, genehmigte die Bündner Regierung im Dezember 2019 die neue Leistungsvereinbarung mit der FMR, welche die bestehende Vereinbarung mit ANR für die Legislaturperiode 2017–2020 ersetzt. Neu werden ab 2020 die jährlichen Bundes- und Kantonsbeiträge an die Stiftung um je CHF 300'000 erhöht. Für das Jahr 2020 erhält die FMR folglich CHF 745'000 an Kantonsbeiträgen und rund CHF 1 Mio. an Bundesbeiträgen.²⁰

Medien

Presse

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 31.12.1997
EVA MÜLLER

Die rätoromanische Nachrichtenagentur "**Agentura da Novitads Rumantscha**" (ANR) nahm Anfang Jahr ihren Betrieb auf. Weil die rätoromanische Tageszeitung "La Quotidiana" ihre Meldungen wegen eines letztjährig vorausgegangenen Streits bei der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) bezog, stand die ANR zuerst aber ohne eigentliche Aufgabe da. Ende Januar kam es zu einer Einigung zwischen "La Quotidiana" und der ANR: "La Quotidiana" wie auch Radio Grischa äusserten danach jedoch **Kritik** an der qualitativen Leistung der neuen Nachrichtenagentur. Viele Texte sind keine redaktionellen Eigenleistungen, sondern Übersetzungen aus dem Deutschen.

Zu Beginn des Jahres erschien im Kanton Graubünden neu "**La Quotidiana**" aus dem Churer Verlagshaus Gasser Media AG, womit die rätoromanische Sprachgemeinschaft erstmals in ihrer Geschichte über eine Tageszeitung verfügt. Die neue Zeitung, der mehrere Regionalblätter zum Opfer fielen, stiess aber in den einzelnen Sprachregionen nicht nur auf Begeisterung; die Auflage sank im ersten Halbjahr von 10 000 auf rund 8000. Ab August liess Gasser deshalb unter dem Kopftitel "La Quotidiana" die alten Regionalblätter wieder aufleben. Bei einem gemeinsamen Mantelteil mit kantonalen und nationalen Themen berichtet die "Gassetta Romontscha/La Casa Paterna" zu lokalen Themen im Dialekt Sursilvan, "Fögl Ladin" im Idiom Ladin und "La Punt" im Dialekt Sutsilvan. Für Oberhalbstein, die Region bei Savognin, wurde neu der Titel "La Vusch da Surmeir" geschaffen.

Im Berichtsjahr kam es nicht zuletzt aus Gründen eines sich verändernden Werbe- und Inseratemarktes zu einem **noch nie dagewesenen Konzentrationsprozess in der Schweizer Presse**. Insgesamt verschwanden 16 Tageszeitungstitel. Nach dem Vollzug der angekündigten Fusionen und Kooperationen im April 1998 wird es in der Schweiz noch

82 Tageszeitungen geben, die sechsmal in der Woche erscheinen. 8 (Ende 1996: 9) von insgesamt 228 (242) Zeitungstiteln werden vier- bis fünfmal pro Woche, 53 (53) zwei- bis dreimal pro Woche und 85 (82) Titel noch einmal wöchentlich erscheinen. Nur noch 40 der 228 Zeitungen werden über eine vollausgebaute Redaktion verfügen. Ab April 98 werden **acht Kantone** (AR, AI, GL, NW, OW, SZ, UR, ZG) **über keine eigenständige Tageszeitung mehr verfügen**.

Nur einen Tag nach der Ersterscheinung der "La Quotidiana" gab das Gasser Verlagshaus den Schulterchluss - später sprach man offen von Übernahme - mit der Glarner Tschudi Druck und Verlag AG bekannt und kündigte an, das neu geschaffene Bündner Dreititelsystem ("Bündner Zeitung" samt Kopfblatt "Oberländer Tagblatt", "Bündner Tagblatt" und "La Quotidiana") ab Juni um die "Glarner Nachrichten" sowie die sankt-gallischen "Gasterländer" und "Seepresse" aus dem Hause Tschudi zu ergänzen. Im April konnte Gasser diesen Titeln noch drei Schwyzer Zeitungen, der "Bote der Urschweiz", das "Höfner Volksblatt" und der "March-Anzeiger" anfügen; diese bleiben jedoch im Besitz ihrer Verleger. Im neuen **Zeitungsverband "Südostschweiz"** schlossen sich damit insgesamt zehn Tageszeitungen der Kantone Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz zusammen. Ab 2. Juni trat die "Südostschweiz", die rund einen Drittel der Fläche der Deutschschweiz abdeckt, mit einer Gesamtauflage von rund 110 000 Exemplaren neu auf dem nationalen Werbemarkt auf. Während fünf Kerntitel ("Bündner Zeitung", "Glarner Nachrichten", "Der Gasterländer", "Seepresse" und "Oberländer") den neuen Haupttitel übernahmen und die alte Bezeichnung nur noch im Untertitel tragen, fungieren der "March-Anzeiger", das "Höfner Volksblatt" und der "Bote der Urschweiz" nur im Untertitel als "Südostschweiz". Das "Bündner Tagblatt" und "La Quotidiana" treten mit einem eigenen Erscheinungsbild auf. Jedes Blatt produziert einen eigenen Regionalteil, während die übergreifenden Teile von der Zentralredaktion in Chur beigesteuert werden. Die **Machtballung des Churer Verlagshauses Gasser**, die im letzten Jahr mit der Übernahme des "Bündner Tagblatt" von Christoph Blocher begonnen hatte, stiess auf Kritik. Der Ostschweizer Verein der Journalistinnen und Journalisten rief die Kartellkommission an, da für Medienschaffende insbesondere in Graubünden und Schwyz kaum noch Wege an Gasser vorbeiführten. Die Kartellkommission segnete den Zusammenschluss, der der erste seit Inkrafttreten des neuen Kartellgesetzes ist, jedoch ab. Als elfter Regionaltitel reihte Gasser im Oktober ausserdem noch das "Liechtensteiner Volksblatt" in die "Südostschweiz" ein.

In der Region St. Gallen/Appenzell konnten sich bisher noch verschiedene Tageszeitungen eigenständig behaupten. Dem Vormarsch des Konkurrenten Gasser Richtung Norden mochte die grösste Ostschweizer Zeitung, das **"St. Galler Tagblatt"** - seinerseits im Besitz der NZZ - aber nicht tatenlos zusehen und blies zum Gegenangriff. Im September vereinbarte es mit dem "Volksfreund", der "Wiler Zeitung" und der "Gossauer Zeitung" ab Anfang 1998 eine enge Kooperation. Damit verlor die "Appenzeller Zeitung", die diesen drei Zeitungen die überregionalen Seiten geliefert hatte, wichtige Verbündete. Und die finanziell ohnehin serbelnde St. Galler Zweitzeitung "Ostschweiz", die mit den drei Blättern und der "Appenzeller Zeitung" in einem Inserateverbund liiert war, verlor wichtige Inseratepartner. Damit kam es zum Dominoeffekt, der der bisherigen Pressevielfalt in der Ostschweiz ein jähes Ende setzte: Die bald 125jährige **"Ostschweiz"** (Auflage 21 000) gab auf und verkaufte ihre Abonnentenkartei auf Ende Jahr dem "St. Galler Tagblatt". Ihr Ende bedeutet zugleich das **Ende der katholisch geprägten Presse** in der deutschen Schweiz. Gleichzeitig gaben das "St. Galler Tagblatt" und die "Appenzeller Zeitung" (Auflage 15 000) ihre Kooperation bekannt; ersteres wird der im 169. Jahrgang stehenden "Appenzeller Zeitung" ab Frühjahr 1998 den überregionalen Teil liefern. Damit hat Appenzell Ausserrhoden keine unabhängige Zeitung mehr. Das "Appenzeller Tagblatt", seit knapp zwei Jahrzehnten Regionalausgabe des "St. Galler Tagblatt", wird eingestellt. Noch im November vereinbarte das "St. Galler Tagblatt" ausserdem mit dem "Rheintaler" (Auflage 11 000) und dem "Toggenburger" (Auflage 6000) eine enge Zusammenarbeit auf Frühjahr 1998. Beide Regionen hatten bisher eine eigene Ausgabe des "St. Galler Tagblatt" erhalten. Für dieses ging die Rechnung auf: Wie die "Südostschweiz" wird es neu mit einer Auflage von über 100 000 auf dem nationalen Werbemarkt auftreten können. Seine Exemplarzahl wird insgesamt bei rund 120 000 liegen.

Im Raum Zürichsee/Sihlthal/Linthgebiet kam es ab Oktober zum überkantonalen Presseverbund **"Zürichsee-Zeitung"** von sechs Zeitungstiteln (Auflage rund 53 000). Eingebunden sind um die bisherige "Zürichsee-Zeitung" der "Sihltaler", die "Grenzpost" und die "Linth Zeitung". Während diese Titel ihre Namen behielten, gingen der "Anzeiger des Bezirkes Horgen" und der "Allgemeine Anzeiger vom Zürichsee" in der "Zürichsee-Zeitung" auf. Anlass zu Kritik gab, dass all jene, welche die bisherigen, nicht

täglich erscheinenden Lokalblätter mit teilweise Amtsblattcharakter nur als Ergänzung genutzt hatten, plötzlich mit zwei Tageszeitungen zu entsprechend höheren Kosten bedient wurden. Der neue Zeitungsverband ist mehrheitlich im Besitz der Zürichsee Medien AG und minderheitlich der Orell Füssli Werbe AG.

In der Westschweiz wird die **Fusion zwischen "Le Journal de Genève" und "Le Nouveau Quotidien"**, die im letzten Jahr scheiterte, ab Frühjahr 1998 doch noch Realität. Die Aktionäre segneten die Fusion zu "Le Temps" im November ab. Mit dem über 170 Jahre alten "Journal de Genève" (Auflage 32 000) geht dem Genferseeraum nicht nur ein liberales Traditionsblatt verloren, sondern auch die letzte überregionale Tageszeitung, die nicht vom Imperium des Lausanner Verlagshauses Edipresse kontrolliert wurde. "Le Nouveau Quotidien" (Auflage 38 000), ein Produkt der Edipresse, war erst 1991 gegründet worden. Auch die angerufene Wettbewerbskommission gab im Dezember grünes Licht für die Fusion, mit der Begründung, dass diese zwar die schon bestehende marktbeherrschende Stellung von Edipresse noch verstärkte, dass der Markt in der Westschweiz aber zu klein sei für zwei überregionale Tageszeitungen. Immerhin machte die Wettbewerbskommission die Auflage, dass alle Veränderungen der Kapitalstruktur einer Bewilligung durch sie bedürfen, um eine ausgeglichene Verteilung der Kräfteverhältnisse zwischen den Gruppen der neuen Gesellschaft (je 47% für JdG und Edipresse, 6% für die Redaktion) sicherzustellen. Weiter muss der Verwaltungsrat der neuen Zeitung von einer unabhängigen Person geleitet werden. Das Urteil der Wettbewerbskommission stiess trotz diesen Auflagen auf breite Kritik.

Dem Spektrum der Arbeiterpresse gehörten einst 19 Tageszeitungen an. Im Berichtsjahr **ging auch den letzten vier Vertretern der linken Tagespresse der Schnauf aus**: Die Zürcher "DAZ", welche die Flucht nach vorne ergreifen und neu als einzige Schweizer Abendzeitung erscheinen wollte, machte Konkurs, nachdem ein wichtiger Geldgeber ausgestiegen war. Die in "Stadtblatt" umbenannte "Winterthurer AZ" und die "Schaffhauser AZ" reduzierten ihre wöchentliche Ausgabenzahl auf drei. Am längsten hielt sich die im 105. Jahrgang stehende "Berner Tagwacht" über Wasser. Als letzte linke Tageszeitung wird aber auch sie ab 1998 den Neuanfang als Wochenzeitung unter dem Titel **"Die Hauptstadt"** wagen. Das 1996 neu zur Linkspresse gestossene, dreimal wöchentlich herausgegebene Alternativblatt "Luzern heute" erschien bereits ab August nur noch als Wochenblatt.²¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 31.12.1998
ELISABETH EHRENSPERGER

Im Pressebereich schritten die **Konzentrationsprozesse** voran. Nach Erhebungen des Verbandes "Schweizer Presse" gab es Ende 1998 noch 232 Zeitungstitel (Ende 1997: 238). Davon waren 85 (93) Tageszeitungen und 147 (145) Nichttageszeitungen.

Im März gab die "Südostschweiz" (SO) aus dem Churer Verlagshaus Gasser AG ihre Kooperation mit zwei neuen Partnern in St. Gallen und im Fürstentum Liechtenstein bekannt. Neu erschienen die Tageszeitungen "Werdenberger + Obertoggenburger" in Buchs und der "Sarganserländer" in Mels unter dem Titel **"Südostschweiz"**. Diese beiden Blätter stellen den Regionalteil für ihr Gebiet nach wie vor selbständig her, beziehen aber die überregionalen Seiten von der SO-Zentralredaktion. Alle SO-Titel verfügen über einen gemeinsamen Inserateteil. Auch das "Liechtensteiner Vaterland" arbeitete neu auf redaktioneller Ebene sowie im Inseratebereich eng mit der "Südostschweiz" zusammen. Dagegen stellte Gasser die Herausgabe des "Oberländer Tagblatts" ein. Somit wuchs seit dem Start der "Südostschweiz" im Juni 1997 und der daraus hervorgegangenen, zum Teil heftig kritisierten Machtballung der Gasser AG die Zahl der beteiligten Titel auf 13 an. Die "Südostschweiz" deckte den gesamten Kanton Graubünden, den Kanton Glarus und das Fürstentum Liechtenstein sowie weite Teile der Kantone St. Gallen und Schwyz ab. Die tägliche Gesamtauflage der SO wurde auf total 146 000 Exemplare gesteigert.

Das "St. Galler Tagblatt" unter Führung der ihrerseits wieder zur NZZ-Gruppe gehörenden Zollikofer AG mochte dem Vormarsch Gassers nicht tatenlos zusehen. Zu Beginn des Berichtsjahres erschien die 1874 gegründete "Ostschweiz" zum letzten Mal; das "St. Galler Tagblatt", seine Regionalausgaben und zwei zuvor via Inseratekombination mit der "Ostschweiz" verbundenen Blätter ("Der Rheintaler", "Wiler Zeitung" / "Volksfreund") präsentierten sich daraufhin in neuem Kleid. Die über- und gesamtregionalen Mantelseiten werden in St. Gallen, die Lokalseiten dezentral produziert. Ende März kam mit der Aufgabe des "Appenzeller Tagblatts" und der Integration der "Appenzeller Zeitung" samt ihrem bisherigen Partnerblatt "Der Toggenburger" in den "Tagblatt"-Verbund eine Umbruchphase im Ostschweizer Pressewesen zum Abschluss, wie es sie in vergleichbarer Weise noch nie gegeben hatte.

Die "Appenzeller Zeitung" – nunmehr einzige Tageszeitung für Ausserrhoden – trägt unter dem angestammten Titel und mit weiterhin selbständig gestaltetem Appenzeller Teil künftig den Mantel des "St. Galler Tagblatts". Seit April existierte damit in acht Kantonen (AR, AI, GL, NW, OW, SZ, UR und ZG) keine eigenständige Tageszeitung mehr. Die Auflage aller Zeitungen mit "Tagblatt"-Mantel erreichte total über 120 000 Exemplare.

Mit der **Fusion** der beiden Tageszeitungen "**Journal des Genève**" (JdG) und "**Nouveau Quotidien**" (NQ) ging eine Zeitungsepoche und zugleich eine rund siebenjährige Umbruchphase in der Westschweizer Presselandschaft zu Ende. "**Le Temps**", die neue Westschweizer Qualitätszeitung, erschien am 18. März zum ersten Mal. Die Redaktionen der beiden Vorgängerzeitungen verschmolzen zu einer Hauptredaktion in Genf. Mit dem Verschwinden des JdG ging die einzige überregionale, nicht vom Lausanner Verlagshaus Edipresse kontrollierte Zeitung der Romandie verloren. Die Entwicklung des Westschweizer Pressewesens blieb aber das ganze Jahr über von **zahlreichen Turbulenzen** begleitet. In den Chefetagen der Edipresse setzte ein Sesselrücken ein. Angesichts der Entlassung des Chefredaktors der "Tribune de Genève", **Guy Mettan**, erreichten im Februar Empörung und Verunsicherung bezüglich der Restrukturierungspolitik von Edipresse einen Höhepunkt. Mettan hatte sich kritisch gegen die Fusion geäußert und sich vehement gegen eine Abwertung der "Tribune" zum Lokalblatt zugunsten von "Le Temps" gewehrt. Im weiteren gelangte die Vereinigung "**Amis du Journal de Genève et Gazette de Lausanne**" bis an den Europäischen Gerichtshof in Strassburg, um den Entscheid der Wettbewerbskommission rückgängig zu machen, mit welchem die Fusion im Dezember 1997 bewilligt worden war. Der Zeitungszusammenschluss gab schliesslich Anstoss zu einer neuen Genfer Sonntagszeitung. Knapp zwei Monate nach dem Start von "Le Temps" erschien die erste Ausgabe von "**Info Dimanche**". Das Blatt mit einer Auflage von 50 000 stellte den ersten Versuch dar, das Monopol der Edipresse-Gruppe zu brechen, deren "Le Matin Dimanche" bis anhin den sonntäglichen Pressemarkt der Romandie beherrscht hatte. Angesichts fehlender Werbeeinnahmen und zu wenig Abonnenten drohte "Info Dimanche" im Dezember der Untergang. Das zu 37% von öffentlichen Geldern gespiesene Startkapital war aufgebraucht, doch konnten wider Erwarten neue Mittel aufgetrieben werden. Unklar blieb bis Ende Jahr, woher die finanzielle Hilfe zur Existenzsicherung des Blattes stammte.

Eine weitere Sonntagszeitung erhielt auch das Tessin: "**Il Caffè della Domenica**" erschien erstmals Mitte November mit einer Auflage von 42 000 Exemplaren. Herausgegeben wird sie von der "2R Media SA", an welcher der Locarneser Verleger Rezzonico und der Ringier-Verlag zu je 45% und die Gastrosuisse zu 10% beteiligt sind. Keine Freude an diesem Gemeinschaftsprodukt zeigten angesichts des befürchteten Verlustes von Werbemarkanteilen die drei Tessiner Tageszeitungen "Corriere del Ticino", "La Regione" und "Giornale del popolo" sowie das Gratisblatt "Mattino della domenica" von Lega-Chef Giuliano Bignasca. Nach einer gehässigen Kampagne zu angeblichen Konflikten zwischen öffentlichen und privaten Interessen, welche in der Tessiner Presse rund um die angekündigte Zusammenarbeit zwischen Ringier und Rezzonico geführt worden war, trat "Caffè"-Verwaltungsratsvorsitzender und Ringier-Direktor Marco Solari von seinem Posten als Präsident des Tessiner Verkehrsvereins zurück.

Auf dem Berner Medienmarkt lastete der Konkurrenzdruck besonders schwer. Zu Jahresbeginn erwarb die Berner Tagblatt Medien AG (**BTM**), Herausgeberin der "Berner Zeitung" (BZ), eine Zweidrittelmehrheit an der **Schaer Thun AG**, die das "Thuner Tagblatt" herausgibt. Infolge einer Intervention der eidgenössischen **Wettbewerbskommission**, die eine Wettbewerbsverfälschung in der Berner Oberländer Presselandschaft befürchtete, sah die BTM von einer Übernahme der Aktienmehrheit am "Thuner Tagblatt" ab. Stattdessen übernahm sie 49% an der Schaer Thun AG. Das "Thuner Tagblatt", das mit einer Auflage von knapp 19 000 eine traditionsreiche Lokalzeitung im Berner Oberland darstellt, soll weiterhin als eigenständige Zeitung erscheinen – in Konkurrenz zur Oberländer Regionalausgabe der BZ, die knapp 17 000 Exemplare absetzt. Die Intervention der Wettbewerbskommission gab Anlass zu kritischen Diskussionen; auf Verlegerseite herrschte die Ansicht, die Kommission nehme keine blosse Fusionskontrolle nach wirtschaftlichen Kriterien, sondern eine eigentliche Struktursteuerung vor. Die BTM bot zudem – nach einem gescheiterten Versuch, in Biel mit einer BZ-Regionalausgabe Fuss zu fassen – dem Bieler Verlag Gassmann eine Kooperation an und liefert seither redaktionelle Texte an das "**Bieler Tagblatt**". Unter Zugzwang eröffnete im September die Berner Tageszeitung "**Bund**" eine eigene Lokalredaktion in Biel. Zwei Monate später übernahm die **NZZ-Gruppe** die

bisherige 45%-Beteiligung der Ringier Gruppe an der "Bund Verlag AG". Die NZZ hatte bereits auf Anfang 1995 einen gleich grossen Anteil von Ringier übernommen und hält nun eine Beteiligung von 90%.

Wenig Erfolg war den linksalternativen Blättern in der Deutschschweiz beschieden. Die zu Jahresbeginn als Nachfolgeprojekt der bereits im November 1997 eingegangenen Tageszeitung "Berner Tagwacht" lancierten Wochenzeitung "**Hauptstadt**" fiel bei SP-Mitgliedern ebenso durch wie bei der übrigen Leserschaft. Die Abonnementszahl von 4500 Exemplaren blieb weit unter den Erwartungen. Die "Hauptstadt" wurde Ende Juli eingestellt. Die linke Zürcher Zeitung "**P.S.**", die dreimal wöchentlich erscheinende Nachfolgezeitung von "Volksrecht" resp. "DAZ", wurde nach nur zweimonatigem Bestehen eingestellt. Statt der angestrebten 2000 Abonnemente waren seit ihrer Lancierung im September nur deren 1700 erreicht worden. Die ehemaligen Arbeiterzeitungen "**Schaffhauser AZ**" und das Winterthurer "**Stadtblatt**" erschienen aufgrund eines anhaltenden Inseratenschwundes ab Februar nicht mehr dreimal, sondern nunmehr einmal in der Woche. Zu dieser Umstellung wurden die Partnerblätter nicht zuletzt durch den Absprung des Grossverteilers und Hauptinserenten Coop gezwungen.²²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 31.12.1999
ELISABETH EHRENSPERGER

Die Wettbewerbskommission (Weko) nahm die **Tessiner Presselandschaft** ins Visier, nachdem der Verdacht aufgekommen war, die dort bis anhin vor Fusionsstürmen verschont gebliebenen Zeitungen hielten sich mit **Preisabsprachen** am Leben. Laut Weko war es nicht Ziel der Untersuchung, auf die Anzahl der Zeitungstitel Einfluss zu nehmen, sondern die Abonnements- und Inseratpreise zu überprüfen. So haben die drei grossen Tageszeitungen „Corriere del Ticino“, „La Regione“ und „Giornale del Popolo“, die den südschweizerischen Inseratemarkt via Publigroup im Pool „Tre Top Ticino“ bewirtschaften, ihre Verkaufspreise seit 1993 (mit Ausnahme von 1995) immer gleichzeitig und um den gleichen Betrag angehoben. Praktisch identisch waren bei allen drei Titeln auch die Inseratpreise.

Gemäss den durch die AG für Werbemedienforschung (Wemf) erhobenen Daten konnten die Schweizerischen Tageszeitungen trotz der Turbulenzen auf dem globalisierten Medienmarkt weiterhin auf die Treue ihrer Leserschaft zählen. Selbst im Mehrjahresvergleich über sechs Jahre ergab sich ein Bild stabiler Verhältnisse. Nur bei wenigen Blättern waren Gewinne oder Verluste auszumachen; Bewegungen ergaben sich aber dort, wo Fusionen oder Übernahmen von Zeitungstiteln erfolgten – ein Hinweis darauf, dass der **Konzentrationsprozess** in der Schweizer Presse noch nicht zu Ende war. Der „Blick“ musste vor allem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre einen starken Schwund hinnehmen. Eine leichte Erholung war bei der arg gebeutelten „Weltwoche“ auszumachen. Hingegen konnte „Le Temps“ als Fusionsprodukt aus „Nouveau Quotidien“ und „Journal de Genève“ nicht die Leserschaft seiner beiden Vorgänger halten.

Eine vierte Verhandlungsrunde über einen **neuen Gesamtarbeitsvertrag** (GAV) für Journalistinnen und Journalisten wurde anfangs des Berichtsjahres abgebrochen, da die Forderungen der Verlegerorganisation Verband Schweizer Presse, die Lohnverhandlungen seien von den Verbänden an die Betriebe zu delegieren, und die nur gelegentlich freischaffenden Journalistinnen und Journalisten vom Vertrag auszuschliessen, bei der Gewerkschaft Comedia und dem SVJ auf Ablehnung stiessen. Erst im Dezember – nach über einjährigen Verhandlungen – einigten sich Gewerkschaften sowie Zeitungs- und Zeitschriftenverleger auf einen neuen, für Journalistinnen und Journalisten der Deutschschweiz und des Tessins geltenden GAV. Der ab Mai 2000 in Kraft tretende Vertrag enthält regional abgestufte Minimallöhne und honorare, neue Kompensationsregelungen für regelmässige Nacht- und Sonntagsarbeit sowie Weiterbildungsmaßnahmen. Neu wurde dem GAV auch das technische Personal der Redaktionen unterstellt. Eine Zustimmung der beteiligten Verbände stand Ende Jahr noch aus.

Ab Dezember warb die Gratiszeitung „**20 Minuten**“ allmorgentlich um die Gunst der Pendlerinnen und Pendler auf dem Netz der Zürcher S-Bahn und der städtischen Verkehrsbetriebe. Die Pendlerzeitung aus dem norwegischen Verlagshaus Schibsted entspricht einer Schnellesezeitung, bilderreich und vierfarbig aufgemacht. Mit einer Startauflage von 100 000 Exemplaren wurde die Zeitung vorerst von 200 Handverteilerinnen und -verteilern unter die Leute gebracht, welche mittelfristig durch Zeitungsboxen ersetzt werden sollten. Die Eile, mit welcher die ursprünglich erst für Februar 2000 angekündigte Erstausgabe von „20 Minuten“ auf den Markt geworfen

wurde, stand im Zusammenhang mit der Absicht des schwedischen Medienkonzerns Modern Times Group, wie schon in mehreren anderen europäischen Städten ab 2000 auch in Zürich die **Pendlerzeitung „Metro“** herauszugeben. Der schwedische Konkurrent konnte einen erheblichen Vorteil für sich verbuchen, da er sich per Vertrag mit der SBB das exklusive Recht gesichert hatte, auf den Bahnhofarealen das Gratisblatt zu verteilen. Zusätzliche Konkurrenz erwuchs „20 Minuten“ durch den von der TA Media AG und der NZZ gemeinsam herausgegebenen „Zürich-Express“, der seit Ende August in trendiger Aufmachung das „Tagblatt der Stadt Zürich“ ersetzte. Ob der Raum Zürich genügend Platz für drei Gratiszeitungen bietet, blieb Ende Jahr noch unklar.

Ein jähes Ende fand im Mai der Gratisanzeiger **„Züri Woche“**, welcher wegen ungenügender Rentabilität eingestellt wurde. Das 1982 aus dem „Züri-Leu“ hervorgegangene Blatt mit einer Auflage von 250 000 hatte als Flaggschiff unter den Deutschschweizer Gratiszeitungen gegolten [18]. Nicht wirklich glücken wollte der Aufstieg der **„Aargauer Zeitung“** (AZ) zu einem der führenden Titel der Schweiz, den diese seit ihrer Gründung im Jahre 1996 anstrebte. Die heterogenen, stark föderalistischen Strukturen des Kantons hatten verhindert, dass sich die aus einer Fusion von „Aargauer Tagblatt“ und „Badener Tagblatt“ hervorgegangene Tageszeitung mit einer Auflage von knapp 120 000 zur verbindenden Klammer entwickeln konnte. So versuchte die AZ dank regionalen „Zeitungen in der Zeitung“ die Leser und Inserentinnen im Kanton zurückzugewinnen: Mit einer Investition von 15 Mio Fr. strukturierte sie im Berichtsjahr ihr Angebot neu und erhöhte die Anzahl Regionalausgaben von fünf auf neun. Der Ausbau der Regionalteile bescherte den Regionen Brugg-Windisch, Lenzburg-Seetal, Wynental-Suhrental und Bremgarten-Mutschellen eine Zeitung mit einem eigenen regionalen Bund. In der Region unteres Aaretal lancierte die AZ im November ihre zehnte Splitausgabe.

Ein Genfer Versuch, das Sonntagsblatt **„Info Dimanche“** als zweite, vom Verlagshaus Edipresse unabhängige Westschweizer Sonntagszeitung neben „Le Matin Dimanche“ zu etablieren, scheiterte. Edipresse hielt mit dem auflagenstarken „Le Matin Dimanche“ (200 000 Exemplare) seit dem Verschwinden von „La Suisse“ im Jahre 1994 die einzige Sonntagszeitung in der Romandie. Das im Mai 1998 gegründete „Info Dimanche“ musste nach knapp einem Jahr trotz finanzieller Mitwirkung von Kanton und Stadt Genf Konkurs anmelden. Die Überschuldung der Zeitung wurde auf zwei Mio Fr. geschätzt. Eine zweite Sonntagszeitung erhielt die Westschweiz Ende Jahr aber doch noch: **„dimanche.ch“** aus dem Hause Ringier startete mit einer Auflage von 50 000 Exemplaren und einer schmal besetzten Redaktion. Zuweilen wurden Zweifel daran geäussert, ob der preislich und redaktionell im Billigsegment arbeitende „dimanche.ch“ mit einem Team von nur 13 Mitarbeitenden als alleiniger Konkurrent zu „Le Matin Dimanche“ mehr als blosses Weiterverarbeiten von bestehendem Material anderer Ringier-Redaktionen bieten könne.

Einem harten Überlebenskampf mussten sich einige unabhängige Presstitel stellen: Im Dezember erschien die Luzerner Wochenzeitung **„Luzern heute“** zum letzten Mal. Gegründet als Antwort auf die Fusion von „Luzerner Zeitung“ und „Luzerner Neuste Nachrichten“ zur „Neuen Luzerner Zeitung“, hatte sich das vor allem von rot-grünen Politikerinnen und Politikern sowie Gewerkschaftsvertretern getragene Blatt zur eigenständigen Zweitzeitung entwickelt. Die Auflage blieb weit unter den angestrebten 5000 Exemplaren, und das Defizit belief sich im Berichtsjahr auf 200 000 Fr. Die **„Zuger Presse“**, welche ein halbes Jahr nach „Luzern heute“ als dreimal pro Woche erscheinendes Blatt gestartet war, verzeichnete ebenfalls hohe Verluste und eine stagnierende Auflage. Obwohl der Weiterbestand für 2000 gesichert schien, äusserte sich Herausgeber Josef Speck pessimistisch zum langfristigen Fortbestehen der parteiunabhängigen Forumszeitung.

Ende Dezember schien das Überleben des Genfer **„Le Courrier“** als einzige linke Tageszeitung der Schweiz vorerst gesichert zu sein: Die 400 für das Blatt existentiell wichtigen Neuabonnenten hatten vor Jahresende doch noch gefunden werden können. „Le Courrier“ war in den 90er Jahren zur Plattform der Genfer Linken geworden. Unter der Leitung von Chefredaktor Patrice Mugny, der im Juni des Berichtsjahres die Zeitung verliess, um als Nationalratskandidat der Genfer Grünen voll in die Politik einzusteigen, hatte „Le Courrier“ seine Abonnentenzahl verdoppeln können. Mugnys Nachfolger, Manuel Grandjean, trat nun kein einfaches Erbe an: Mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren, einem Budget von 3,3 Mio Fr. und einem Defizit von 650 000 Fr. im Jahr 1998 stand dem Blatt seit längerem das Wasser bis zum Hals. Aus Kostengründen kündigte „Le Courrier“ unter Grandjean die Zusammenarbeit mit der Freiburger **„Liberté“** im redaktionellen und drucktechnischen Bereich auf.

Die Neuenburger Tageszeitungen "L'Express" und "L'Impartial" schlossen sich auf juristischer und finanzieller Ebene zur „**Société Neuchâteloise de Presse SA**“ zusammen. Damit wurde die im Sinne einer schrittweisen Fusion bereits 1996 auf technischer und redaktioneller Basis eingeleitete Kooperation der beiden Blätter abgeschlossen.

Definitiv eingestellt wurde die **Wochenzeitung „Sport“**. Die Basler Mediengruppe hatte als Herausgeberin gemäss eigenen Angaben keine Lösung gefunden, um die arg defizitäre Zeitung am Leben zu halten.²³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.12.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Ein gewichtiger Zeitungszusammenschluss erfolgte mit der Fusion von sechs Thurgauer Titeln zur „**Neuen Thurgauer Zeitung**“ mit einer erwarteten Auflage von rund 45'000 Exemplaren. Auf Anfang 2001 ersetzt diese die „Thurgauer Zeitung“ und die „Bischofszeller Zeitung“ aus dem Verlag der Frauenfelder Huber & Co. AG sowie den „Thurgauer Volksfreund“, das „Thurgauer Tagblatt“, die „Thurgauer Volkszeitung“ und die „Bischofszeller Nachrichten“ aus der Ruckstuhl-Verlagsgruppe. Trägerin der neuen Zeitung wird die neu gegründete Gesellschaft Thurgauer Medien AG. Als Antwort darauf stellte das „St. Galler Tagblatt“ Ende Jahr die Lancierung des „**Mittelthurgauer Tagblatts**“ ab Januar 2001 in Aussicht. (Die Neulancierung aus St. Gallen hätte ursprünglich „Neues Thurgauer Tagblatt“ heissen sollen; der Titel wurde aber rechtlich angefochten und daraufhin modifiziert.) Unter diesem Namen soll ein Teil der im Thurgau erscheinenden Auflage des „St. Galler Tagblatts“ vertrieben werden. Schliesslich kündigte auch noch die neu gegründete „Frauenfelder Medien AG“ für Januar 2001 die Herausgabe einer neuen, dreimal wöchentlich erscheinenden Gratiszeitung an. Die „**Neue Frauenfelder Woche**“ soll in einer Auflage von 50'000 Exemplaren als „Qualitätszeitung“ mit lokaler und regionaler Ausrichtung vorwiegend durch Hauszustellung gratis verteilt werden.²⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 07.05.2001
ELISABETH EHRENSPERGER

Im Juli gaben die Freiburger Nachrichten AG und die Espace Media Groupe als Herausgeberinnen der „**Freiburger Nachrichten**“ (FN) beziehungsweise der „**Berner Zeitung**“ (BZ) die Zusammenarbeit der beiden Blätter bekannt. Ab September bezog die FN die überregionalen Seiten von der BZ, welche damit die „Solothurner Zeitung“ als bisherige Lieferantin dieser Seiten ablöste. Die BZ bezog ihrerseits redaktionelle Beiträge von der FN. Betont wurde, dass die Selbständigkeit sowie die redaktionelle Unabhängigkeit der beiden Blätter durch diese Zusammenarbeit nicht tangiert würden. Die Freiburger Tageszeitung „**La Liberté**“ stieg beim „**Quotidien jurassien**“ ein, indem ihre Herausgeberin das Druck- und Verlagshaus „Le Pays“ – seinerseits mit 50% an der Herausgeberin des „Quotidien jurassien“ beteiligt – übernahm.²⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 29.12.2001
ELISABETH EHRENSPERGER

Erneute Konzentrationsbewegungen in der Schweizer Presselandschaft ergaben sich durch die Kooperation von vier Tageszeitungen in den Kantonen Aargau und Solothurn im Rahmen der „**Mittelland Zeitung**“. Mit dem Zusammenschluss von „Aargauer Zeitung“, „Solothurner Zeitung“, „Oltner Tagblatt“ und „Zofinger Tagblatt“ entstand zwischen Baden und Grenchen die drittgrösste Schweizer Tageszeitung mit einer Auflage von 200'000 Exemplaren und einer Reichweite von 374'000 Leserinnen und Lesern. Die vier Blätter erscheinen ab Januar 2002 mit dem gemeinsamen Untertitel „Mittelland Zeitung“, wobei die „Aargauer Zeitung“ klar den Ton angeben wird. Als Reaktion auf diese Kooperation vollzog die Berner Espace Media Groupe – vormals Berner Tagblatt Mediengruppe (BTM) – ihre im Mai angekündigte Expansion in den Wirtschaftsraum Jurasüdfuss nicht wie geplant erst im Januar 2002, sondern bereits im Oktober des Berichtsjahres und lancierte das „**Solothurner Tagblatt**“ als Kopfblatt der BZ.²⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 24.01.2002
ROMAIN CLIVAZ

Le début de l'année a été marqué par le lancement de la « **Mittelland Zeitung** ». Il ne s'agit pas d'un nouveau quotidien issu d'une fusion mais du fruit de la collaboration entre quatre journaux régionaux : L' « Aargauer Zeitung », la « Zofinger Tagblatt », l' « Oltner Tagblatt » et la « Solothurner Zeitung ». Ils partagent un certain nombre de rubriques tout en conservant leur titre, leur rédaction et l'indépendance de leurs maisons d'édition. Ce n'est qu'en sous-titre qu'apparaît l'appellation « Mittelland Zeitung ». L' « Aargauer Zeitung », partenaire principal, fournit les rubriques de portée

nationale et internationale. Chaque titre continuera à publier sa propre partie régionale. Misant sur 200'000 exemplaires (pour environ 360'000 lecteurs), ce concept de « journal dans le journal » en fait le troisième quotidien de Suisse après le « Blick » et la « Tages-Anzeiger », le quotidien gratuit « 20 Minuten » n'étant pas pris en compte.²⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 29.05.2002
ROMAIN CLIVAZ

Le **groupe NZZ**, déjà actionnaire majoritaire du « Bund » (Berne) et du « St. Galler Tagblatt », a poursuivi sa stratégie d'investissements dans la presse régionale en reprenant la participation minoritaire de Ringier dans la « Neue Luzerner Zeitung ». Le repreneur a démontré sa volonté de garantir l'indépendance de sa presse régionale, ce qui a rassuré la rédaction, les observateurs et la Comco qui a renoncé à un examen des faits.²⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 10.08.2002
ROMAIN CLIVAZ

Les deux titres régionaux « **La Liberté** » (Fribourg) et « **Le Nouvelliste** » (Valais) ont signé une lettre d'intention devant servir de base à une collaboration future. Ils ont formalisé des échanges déjà effectifs mais ne reposant sur aucun accord écrit. L'objectif est de créer des synergies aux niveaux rédactionnel et technique. Du côté de « La Liberté », on n'a pas caché le caractère défensif de cette alliance, destinée à servir de rempart aux vellétés expansionnistes d'Edipresse et Hersant.²⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 16.01.2004
HANS HIRTER

In der **Westschweiz** schlossen die Freiburger Liberté und der Walliser Nouvelliste ein Zusammenarbeitsabkommen ab, das sich sowohl auf die redaktionelle Tätigkeit als auch auf den Vertrieb erstreckt.³⁰

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 15.04.2005
CHRISTIANE ZWAHLEN

Zu einer Fusion kam es im aargauischen Norden zwischen der „Fricktaler Zeitung“ und dem „Fricktaler Boten“. Daraus entstand die „**Neue Fricktaler Zeitung**“, an der die Basler Zeitung beteiligt ist.³¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 06.07.2005
CHRISTIANE ZWAHLEN

Die in den Kantonen Aargau und Solothurn verankerten so genannten Mittellandzeitungen gaben die unbefristete **Fortführung ihrer Kooperation** bekannt. Zeitgleich sicherte sich die **AZ-Medien-Gruppe** 35% der Vogt-Schild-Gruppe, u.a. Herausgeberin der „Solothurner Zeitung“.³²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 01.11.2005
CHRISTIANE ZWAHLEN

In der Westschweiz fusionierte Edipresse ihre Waadtländer Titel unter dem Dach der Tageszeitung „**24 heures**“, welche in vier Regionalausgaben erscheint. Die Gruppe Hersant, die Edipresse eine Monopolstellung vorwirft, hat bei der Wettbewerbskommission dagegen Beschwerde eingereicht. Fünf Jahre nach der Deutschschweiz erlebte die Westschweiz die Lancierung einer Gratistageszeitung; diese trägt den Namen „**Le Matin bleu**“.³³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 06.12.2005
CHRISTIANE ZWAHLEN

Die **NZZ-Gruppe** hat ihre Position durch die Übernahme von 37% der Zürcher Oberland Medien AG weiter gestärkt. Zu der Gruppe gehören der „Zürcher Oberländer“ und der „Anzeiger von Uster“. Die NZZ hatte sich schon früher Minderheitsanteile bei der Zürichsee Presse und dem „Zürcher Unterländer“ sichern können. Fast zeitgleich kündigte der andere grosse Zürcher Verlag **Tamedia** den Erwerb von 20% des Winterthurer Landboten-Verlags an. Im Berichtsjahr lancierte zudem der von Tamedia herausgegebene „Tages-Anzeiger“ seine erste Regionalausgabe mit einem lokalen Zusatzheft und trat so in direkte Konkurrenz zu der Zürichsee Presse. Einen weiteren Einstieg ausserhalb der Zürcher Kantons Grenzen schaffte die Tamedia mit der Übernahme des Huber-Verlags und damit der „Thurgauer Zeitung“. Diese Zeitung soll ihre eigene Redaktion beibehalten. Die St. Galler Tagblatt AG, ebenfalls interessiert an der „Thurgauer Zeitung“, übernahm stattdessen zu 100% das Ausserrhoder Druck- und Verlagsunternehmen „Appenzeller Medienhaus“.³⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 09.12.2005
CHRISTIANE ZWAHLEN

Das Jahr 2005 war gekennzeichnet von zahlreichen Übernahmen und der Einführung einer Gratiszeitung in der Romandie. Ein Ratgeber für Medienschaffende, „der Schweizer Journalist“, wurde von einem österreichischen Verleger auf den Markt gebracht. Ausserdem feierte die **NZZ** mit einem Festakt ihren **225. Geburtstag**. Sonderpublikationen und Podiumsdiskussionen waren Teil der ausgiebigen Feierlichkeiten.³⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 28.04.2006
ANDREA MOSIMANN

Um ihrer Leserschaft ein attraktives Zusatzangebot bieten zu können, erweiterte die **„Südostschweiz“** ihr Angebot um eine **Sonntagsausgabe**.³⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 09.09.2006
ANDREA MOSIMANN

Im März lancierte Tamedia eine Westschweizer Ausgabe ihres Blattes **„20 Minuten“** als Konkurrenz zur Gratiszeitung **„Le Matin Bleu“** von Edipresse. Der wirtschaftliche Erfolg der Gratisblätter rief auch in der Deutschschweiz weitere Akteure auf den Plan. Ringier startete mit der Abendzeitung **„Heute“** und der Wirtschaftszeitung **„Cash Daily“** gleich zwei neue Angebote. 2006 war jede zweite konsumierte Zeitung ein Gratisblatt.³⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 15.12.2006
ANDREA MOSIMANN

Bewegung kam im Jahr 2006 insbesondere in die **Zürcher Medienlandschaft**. Der **„Tagesanzeiger“** erweiterte seine Regionalberichterstattung, um seine Position gegenüber den Regionalzeitungen zu stärken. Die drei Zürcher Landzeitungen reagierten auf den Angriff, indem sie ihre Mantelredaktionen zusammenlegten. Das erste Opfer in diesem Verdrängungskampf war schliesslich das Tagblatt der Stadt Zürich, das seit November nur noch als Wochenmagazin erscheint.³⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 20.12.2006
ANDREA MOSIMANN

In der Westschweiz wurden im Berichtsjahr das Satiremagazin **„Saturn“** und die Papierversion der linken Wochenzeitung **„Domaine Public“** eingestellt. **„Domaine Public“** erscheint künftig nur noch im Internet.³⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 07.02.2007
ANDREA MOSIMANN

2007 setzte sich auch die **Bereinigung des Pressemarktes** fort. Die **„Thurgauer Zeitung“** und der **„Winterthurer Landbote“** rückten zum Zeitungsverbund Nordostschweiz zusammen. Die Blätter erscheinen neu mit einem gemeinsamen Mantelteil, der die überregionalen Geschehnisse abdeckt. Auch die Tageszeitungen **„Le Journal du Jura“** (Biel), **„L'Express“** (Neuenburg) und **L'Impartial“** (La Chaux-de-Fonds) legten Teile ihrer Redaktion zusammen und senkten damit ihre Produktionskosten. Der **„Quotidien Jurassien“** (Delémont) erachtete das Sparpotenzial als zu gering und wollte sich daher nicht an der Kooperation beteiligen.⁴⁰

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 21.06.2007
ANDREA MOSIMANN

Im Juni wurden das Nachrichtenmagazin **„Facts“** und die Wirtschaftszeitung **„Cash“** eingestellt. **„Facts“** hatte mit harter Konkurrenz durch Titel wie **„Weltwoche“**, **„NZZ am Sonntag“** und **„Sonntags-Zeitung“** zu kämpfen und erreichte seit seiner Lancierung im Jahre 1995 die Gewinnschwelle nur in einem einzigen Jahr. Die Wirtschaftszeitung **„Cash“** schrieb ebenfalls seit Jahren rote Zahlen.⁴¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 01.11.2007
ANDREA MOSIMANN

Im Segment der **Sonntagszeitungen** stieg der Konkurrenzdruck. Im September erschien erstmals der **„Sonntag“**, die neue Sonntagszeitung der AZ-Mediengruppe.⁴²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 11.12.2007
ANDREA MOSIMANN

Wie bereits im Vorjahr kamen auch 2007 neue **Gratiszeitungen** auf den Markt. In der Westschweiz starteten **„Tribune de Genève“** und **„24 Heures“** mit **„16:30“** ein Abendblatt, das Kurzfassungen der Artikel enthält, die am folgenden Tag in den beiden Tageszeitungen abgedruckt werden. In der Deutschschweiz wurden die Gratiszeitungen **„ch“** und **„News“** lanciert. Der Marktleader **„20 Minuten“** wird nun also direkt mit zwei neuen Morgenzeitungen angegriffen. Als Reaktion auf die neue Konkurrenz erhöhte **„20 Minuten“** die Auflage auf 550'000 Exemplare, was einer Steigerung von 25% entspricht.⁴³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 08.08.2008
ANDREA MOSIMANN

Im August lancierten der Tages-Anzeiger, die Basler Zeitung und die Berner Zeitung ein **gemeinsames Online-News-Netzwerk**. Seit Oktober koordinieren auch die Luzerner Zeitung, das Sankt Galler Tagblatt, die Zürich Land Medien (Zürichsee-Zeitung, Zürcher Oberländer, Zürcher Unterländer), die Mittelland-Zeitung, die Schaffhauser Nachrichten und die Südostschweiz ihre Internetaktivitäten und betreiben mit **„News1.ch“** ein **gemeinsames Nachrichtenportal**.⁴⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.11.2008
ANDREA MOSIMANN

Der einzigen romanischen Tageszeitung **„La Quotidiana“**, die durch die Südostschweiz Presse und Print AG herausgegeben wird, drohte aus wirtschaftlichen Gründen die Rückstufung zu einem Wochenblatt. Um das Überleben der Zeitung zu sichern, wurde im Dezember eine enge Zusammenarbeit mit der staatlich subventionierten Agentur da Novitats Rumantscha (ANR) beschlossen. Teile der „Quotidiana“ werden künftig in einem aus dem ANR-Budget finanzierten Redaktionspool generiert. Die Kooperation wurde von der Bündner Regierung und vom Bundesamt für Kultur abgesegnet; mit der Auflage, dass die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der ANR vertraglich gewährleistet werden müsse.⁴⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 29.12.2008
ANDREA MOSIMANN

Die Zeitung **„Der Bund“** muss um ihr Fortbestehen bangen. Der Tamedia Konzern gab im Dezember bekannt, dass das Berner Traditionsblatt als eigenständige Zeitung keine wirtschaftliche Perspektive mehr habe. Bis Mitte 2009 will er zwei Modelle prüfen: Im einen Fall würde der Bund mit der Tages-Anzeiger-Redaktion kooperieren. Im anderen Szenario ginge er in der Berner Zeitung auf. Im Anschluss an die Ankündigung von Tamedia formierte sich ein Komitee, welches sich die **Rettung des Bundes** zum Ziel gesetzt hat und zu diesem Zweck auch eine Online-Petition lancierte. Nebst den beiden Berner Ständeräten Sommaruga (sp) und Luginbühl (bdp) sind auch die Nationalräte Joder (svp, BE), von Graffenried (gp, BE), Markwalder (fdp, BE) sowie mehrere Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Kultur vertreten.⁴⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.05.2009
SABINE HOHL

Im Juni informierte Tamedia über die **Zukunft der Berner Tageszeitung „Der Bund“**. Zwei Modelle waren zur Diskussion gestanden: Eine Fusion mit der „Berner Zeitung“ oder eine enge Zusammenarbeit mit dem Zürcher „Tages-Anzeiger“. Man entschied sich für letzteres. Der „Bund“ wird zwar als eigenständiger Titel weiterbestehen, jedoch viele überregionale Inhalte vom „Tages-Anzeiger“ beziehen. Der „Bund“ betreibt die gemeinsame Bundeshausredaktion der beiden Zeitungen und deckt regionale Themen ab. Die wöchentliche Beilage „Der Kleine Bund“ verschwindet. In Bern wurde das Weiterbestehen der traditionsreichen Zeitung mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, allerdings wurde auch kritisiert, dass der „Bund“ mit der gefundenen Lösung zu einem Beinahe-Kopfblatt des „Tages-Anzeigers“ verkomme.⁴⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 04.09.2009
SABINE HOHL

Der Aargauer Verleger Peter Wanner (AZ Medien AG) kaufte den Solothurner Verlag **Vogt-Schild**, der die „Solothurner Zeitung“ herausgibt. Die AZ Medien AG hielt schon zuvor einen 35%-Anteil an Vogt-Schild und die „Solothurner Zeitung“ war am Verbund „Mittelland Zeitung“ beteiligt, für den die „Aargauer Zeitung“ den Mantelteil liefert. Verleger Wanner gab bekannt, vor allem Synergien im Bereich der Informatik und im Werbemarkt nutzen zu wollen. Zur „Solothurner Zeitung“ gehören die Kopfblätter „Grenchner Tagblatt“, „Langenthaler Tagblatt“ und „Berner Rundschau“. Die zu Tamedia gehörende Konkurrentin der „Solothurner Zeitung“, das „Solothurner Tagblatt“, wurde im Berichtsjahr eingestellt. Diese Regionalausgabe der BZ war vor acht Jahren gegründet worden und hatte Verluste in der Höhe von 35 Mio Fr. angehäuft.⁴⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.11.2009
SABINE HOHL

Edipresse verkaufte seinen 37,5%-Anteil an der Walliser Zeitung **„Le Nouvelliste“** an Jacques Lathion. Dieser hält nun mehr als 75% von Rhône Media, welche den „Nouveliste“ herausgibt. Diskutiert wurde ein möglicher Einstieg des französischen Medienkonzerns „Hersant“, der bereits an den Neuenburger Zeitungen „L'Express“ und „L'Impartial“ beteiligt ist.⁴⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 14.12.2009
SABINE HOHL

2009 kam es zu einer **Bereinigung auf dem Gratiszeitungsmarkt**. Gleich vier Zeitungen wurden eingestellt: „Le Matin Bleu“ aufgrund der Übernahme von Edipresse durch Tamedia, „Cash Daily“ (zuletzt „Cash“), „.ch“ und „News“. In der Romandie ist damit „20 minutes“ das einzige verbleibende Gratisblatt. Die Gratiszeitung „Cash Daily“ hatte Ringier 2006 lanciert, sie ergänzte die damalige Wochenzeitung „Cash“. Diese wurde jedoch 2007 eingestellt und das Gratisblatt in „Cash“ umbenannt. „.ch“, das 2007 lanciert worden war, musste bereits nach weniger als zwei Jahren aufgeben. Als Grund wurde angegeben, dass die Zeitung nicht wie geplant bis 2011 die Gewinnzone hätte erreichen können. Der Versuch, sie direkt in die Haushalte zu verteilen, war bereits nach einem Jahr gescheitert. Danach war „.ch“ wie andere Gratiszeitungen in Verteilboxen aufgelegt worden. Das Tamedia-Produkt „News“ wurde ebenfalls eingestellt. Auf dem Deutschschweizer Markt sind nun mit „20 Minuten“ (Tamedia) und „Blick am Abend“ (Ringier) noch zwei Gratiszeitungen präsent. Das erfolgreiche „20 Minuten“ feierte seinen zehnjährigen Geburtstag. „Blick am Abend“ erweiterte sein Verbreitungsgebiet auf Luzern, Zug und St. Gallen.⁵⁰

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 09.09.2010
SUZANNE SCHÄR

Die Medienkonvergenz und Pressekonzentration hinterliessen ihre Spuren auch auf dem **Arbeitsmarkt**. Wie schon in den vorangegangenen Jahren waren v.a. Redaktionsstellen der Printmedien, aber auch der einzig verbleibenden schweizerischen Presseagentur vom Arbeitsplatzabbau betroffen. Mit dem Ziel, bis Ende des Jahres 2 Mio. Fr. einzusparen, schloss die SDA ihre Regionalbureaus in Freiburg, Neuenburg sowie dem Kanton Thurgau und strich insgesamt fünf Stellen. Die Einrichtung des multimedialen Newsrooms im März führte bei Ringier zur Streichung von gegen 30 Vollzeitstellen in Redaktion und Produktion. Die LZ Medien Holding begründete die Streichung von 20 Stellen bei der „Neuen Luzerner Zeitung“ (NLZ) mit einem Einbruch des Betriebsgewinns, betonte jedoch, dass die Zahl der Beschäftigten der gesamten Gruppe (NLZ, Tele 1, Zentralschweiz am Sonntag, Online-Plattform und Radio Pilatus) zunehme. Nachdem die AZ-Mediengruppe in den beiden vorangehenden Jahren bereits 95 Stellen abgebaut hatte, gingen im Berichtsjahr in ihren Redaktionen 25 weitere Stellen verloren. Das Zusammenführen der Lokalredaktionen von „Tages-Anzeiger“ und den Zürcher Landzeitungen, nach deren Übernahme durch Tamedia führte zum Verlust von 37 weiteren Stellen, 28 davon in der Lokalredaktion des „Tages-Anzeigers“. Tamedia hatte diese ab 2004 massiv aufgestockt, um mit der Produktion von sogenannten Splitausgaben des „Tages-Anzeigers“, die Landzeitungen publizistisch zu bedrängen. Mit dem Wechsel der „Thurgauer Zeitung“ in die NZZ-Gruppe und ihrem Umbau zum Kopfblatt des „Sankt Galler Tagblatts“, verlor der Tamedia nahe „Landbote“ seine Kooperationspartnerin. Unter der Leitung seiner Chefredaktorin wurde er auf Anfang 2011 mit den anderen Zürcher Landzeitungen („Zürcher Unterländer“, „Zürcher Oberländer“, „Zürichsee-Zeitung“) in einer überregionalen Mantelredaktion zum Verbund der Zürcher Regionalzeitungen zusammengefasst. Dabei gingen weitere zehn Stellen verloren. Schliesslich gab gegen Ende Jahr auch die BaZ bekannt, eine noch unbenannte Anzahl Redaktionsstellen zu streichen.⁵¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 06.11.2010
SUZANNE SCHÄR

Die Bereinigung auf dem Zeitungsmarkt verstärkte die Tendenz zur **überregionalen Vereinheitlichung der internationalen und nationalen Berichterstattung** in der Form von Mantellösungen. Parallel dazu führt das Kopfblattsystem zu einer zunehmenden Fokussierung auf die Regionalberichterstattung. Eine integrierte Antwort auf das zunehmend crossmediale Informationsverhalten der Bevölkerung versucht die Gossweiler Media AG mit ihrem Konzept der Mikrozeitung. Die Initianten verstehen ihr Produkt sowohl als lokalen Gegenentwurf zur Pressekonzentration als auch als flexible Antwort auf die Medienkonvergenz. Im Frühling 2010 wurde mit der „Obwalden- und Nidwalden-Zeitung“ die erste Lizenzausgabe der Mikrozeitung lanciert, die sich am Verlags- und Redaktionsmodell der 2000 gegründeten „Jungfrau Zeitung“ orientiert. Aus den fortlaufend aufbereiteten Inhalten der kostenlosen Online- bzw. Smartphone-Ausgaben werden zweimal in der Woche eine Printausgabe zusammengestellt und kostenpflichtig vertrieben. Gegen Jahresende legte auch die „Berner Zeitung“ mit der Umsetzung ihres neuen Redaktionskonzepts den Fokus auf das lokale Geschehen und stellte in ihrer Druckausgabe den regionalen vor den Schweizer Bund. Die Auslandberichterstattung wurde auf die Wiedergabe von SDA-Meldungen reduziert.⁵²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 19.11.2010
SUZANNE SCHÄR

Die Editions Suisses Holding SA, die Schweizer Tochter des französischen Medienkonzerns Hersant übernahm im Sommer von der Rhône Média die Aktienmehrheit am Unterwalliser „Le Nouvelliste“ und schloss diesen der gemeinsamen Redaktionsplattform der Hersant-Titel „La Côte“, „L’Impartial“, „L’Express“ und auch des affilierten „Journal du Jura“ an. Im Kanton Zürich vermochte die Tamedia ihre Vormachtstellung gegenüber der NZZ-Gruppe zu stärken. Im April einigten sich die beiden Konkurrentinnen auf ein Tauschgeschäft. Dabei ging die „Thurgauer Zeitung“ von der Tamedia an die NZZ-Gruppe. Gleichzeitig verkaufte letztere ihre 40%-Beteiligung an der „Zürichsee-Zeitung“ an die Tamedia, die mit dem Erwerb des verbleibenden Aktienpakets von der Verlegerfamilie Gut die „Zürichsee-Zeitung“ in der Folge ganz übernahm. Damit kontrolliert sie nun die Zürcher Landzeitungen und über deren Zusammenarbeit in redaktionellen und werblichen Belangen indirekt auch die „Schaffhauser Nachrichten“. Diese bleiben aber in verlegerischer und redaktioneller Hinsicht unabhängig. Die „Thurgauer Zeitung“ ihrerseits wurde unter ihrer neuen Besitzerin auf Anfang 2011 zum Kopfblatt des „Sankt Galler Tagblatts“ umgebaut. Im November gaben der „Rheintaler“ und die „Rheintalische Volkszeitung“ bekannt, auf Anfang 2011 mit der Rheintal Verlag AG ein gemeinsames Verlagsdach zu gründen.⁵³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 28.11.2010
SUZANNE SCHÄR

Während die Anzahl Gratistitel im letzten Jahr stabil blieb, setzte sich die **Strukturbereinigung** im Bereich der Printpresse sowohl in der französisch- als auch in der deutschsprachigen Schweiz fort. Im Januar wurden die NZZ-Gruppe, Tamedia und der Tessiner Financier Tito Tettamanti als mögliche Käufer der kriselnden BaZ gehandelt. Anfang Februar gab die bisherige BaZ-Besitzerin Familie Hagemann den Verkauf der Basler Zeitung Medien (BZM) an Tettamanti und den Basler Medienanwalt Martin Wagner bekannt. Während die neuen Besitzer die BaZ-Übernahme als Zeichen gegen eine zunehmend zürichlastige Medienkonzentration und als Fortbestandsgarantie einer unabhängigen Zeitung in der Region Basel sahen, wurden auch Vorbehalte laut. Tettamantis Engagement sei kurzfristiger und gewinnoptimierender Natur, wurde moniert. Ende August sahen sich die linken Kritiker der BaZ-Übernahme mit der Ernennung des stellvertretenden Chefredaktors der Weltwoche und Verfassers einer Biografie über Christoph Blocher Markus Somm zum neuen BaZ-Chefredaktor in ihrer Befürchtung bestätigt, dass dem als weltoffen eingeschätzten Blatt ein Rechtsrutsch drohte. Im November machte die „NZZ am Sonntag“ ein Mandat der neuen BaZ-Besitzer an Christoph Blochers Beratungsfirma Robinvest publik. Laut Medienberichten beinhaltete dieses Vorgaben zur organisatorischen und strategischen Neuausrichtung. Danach sollte die BaZ innerhalb eines Jahrs mittels Kostensenkungen in der Druckerei und einem Ausbau der Reichweite von einem zweistelligen Millionenverlust in die Gewinnzone (+10%) geführt werden. Während die lokalen Liberaldemokraten und einige Freisinnige den Umbau der Zeitung zum gesamtschweizerischen Sprachrohr des Zürcher SVP-Flügels befürchteten, schätzten SP und andere Freisinnige eine solche Gefahr mit Hinweis auf die starke Verankerung des Blatts Basler Bürgertums als weniger immanent ein. Erstmals seit Februar äusserte sich die BaZ-Redaktion und erinnerte Martin Wagner an sein Versprechen, ihr Blatt als unabhängige, auf die regionalen Bedürfnisse ausgerichtete Zeitung zu positionieren. Gleichzeitig forderte sie eine Diskussion über die Besetzung der Chefredaktorenstelle und den Rückzug von Robinvest. Ende November wurde der Verkauf der BaZ an Moritz Suter (als Alleinaktionär) und die Beendigung des Engagements von Robinvest bekannt gegeben.⁵⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 04.01.2011
DEBORA SCHERRER

In der Ostschweiz und in der Region Zürich setzte sich die **Pressekonzentration** in besonders grossem Ausmass fort. Die „Thurgauer Zeitung“ wurde von der NZZ-Gruppe zum Kopfblatt des „St. Galler Tagblatts“ mit eigenem Kantons- und Regionalteil umgebaut. Der Mantelteil und das Layout werden neu aus St. Gallen übernommen. Gleichzeitig erschienen der „Landbote“, der „Zürcher Oberländer“, die „Zürichsee-Zeitung“ und der „Zürcher Unterländer“ neu mit einer gemeinsamen überregionalen Berichterstattung. Dieser Zürcher Regionalzeitungsverbund war entstanden, nachdem die Tamedia-Mediengruppe 2010 bei der Zürichsee-Zeitung und dem Zürcher Unterländer die Mehrheitsbeteiligung übernommen hatte.⁵⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 28.10.2011
DEBORA SCHERRER

Die **Presselandschaft** entwickelte sich im Berichtsjahr weiter. Die AZ-Medien verkauften das „Langenthaler Tagblatt“ im Dezember 2011 an die Espace Media, wobei die Zustimmung der Wettbewerbskommission Ende des Berichtsjahrs noch ausstand. Seit September des Berichtsjahrs verlegt Tamedia „20 Minuten“ in italienischer Sprache und kooperiert dabei mit dem Verleger der Zeitung „La Regione Ticino“. Damit machte Tamedia, nach dem Zusammenschluss mit der Westschweizer Edipresse, ihren Einfluss auch im Tessin geltend. In Konkurrenz dazu lancierte der frühere Lega-Nationalrat und Herausgeber der Sonntagszeitung „Il Mattino della Domenica“ Giuliano Bignasca mit „10 minuti“ eine eigene Gratiszeitung. Diese erschien dreimal in der Woche. Der Name des Bignasca-Titels wurde von „20 Minuten“-Herausgeberin Tamedia beim zuständigen Gericht in Lugano eingeklagt. Ende Oktober erschien in Basel zum ersten Mal die Wochenzeitung „TagesWoche“. Sie war rund um die Aufregung über das Beratermandat von Christoph Blochers Robinvest bei der „Basler Zeitung“ lanciert worden und versteht sich als publizistisches Gegengewicht zur BaZ im Raum Basel.⁵⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 25.03.2013
MARLÈNE GERBER

Im März fusionierte der „Sonntag“ der AZ-Medien mit der „Südostschweiz am Sonntag“ zum neuen **Sonntagsblatt** mit dem Titel „Schweiz am Sonntag“. Im gleichen Monat stellte die „Basler Zeitung“ die eigene Sonntagsausgabe ein und bot ihren Lesern ab diesem Zeitpunkt – wie dies der „Bund“ bereits seit 2012 handhabte – die „Sonntags-Zeitung“ der Tamedia-Gruppe an. Mit Lancierung einer siebten Ausgabe versuchte das „St. Galler Tagblatt“ der NZZ-Mediengruppe, der Pressekonzentration am Ruhetag Gegensteuer zu geben.⁵⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 02.05.2013
MARLÈNE GERBER

Ausgehend von zwei im Vorjahr erschienenen Publikationen zur Geschichte der „Basler Zeitung“ trafen sich Ende April unter regem Beisein eines interessierten Publikums die wichtigsten Vertreter der breit gefächerten Medienlandschaft im Raum Basel zur Podiumsdiskussion mit dem Titel **„Die Basler Medienlandschaft – Quo vadis?“**. Die ganze Veranstaltung hindurch dominierte die Diskussion um die Situation der Pressetitel, insbesondere um diejenige der „Basler Zeitung“ (BaZ) seit Bekanntgabe des finanziellen Engagements von alt-Bundesrat Christoph Blocher und die Frage, ob und inwiefern Medien eine politische Ausrichtung haben dürfen. Neben zahlreichen Gegnern von politischen Medien fanden sich auch ausserhalb der BaZ Befürworter einer politisch fragmentierten Medienlandschaft im Sinne der Vielfalt und unter Berücksichtigung von Kriterien der Transparenz. Neue Erkenntnisse oder gar ein endgültiges Fazit brachte das Podium laut Angaben der „Basellandschaftlichen Zeitung“ und der BaZ aber weder zu diesem Punkt noch zu anderen Angelegenheiten, so beispielsweise zu Möglichkeiten der nachhaltigen Finanzierung von Qualitätsjournalismus, hervor.⁵⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 26.06.2013
MARLÈNE GERBER

Weitere **Verschiebungen auf dem Zeitungsmarkt** wurden Mitte Jahr bekannt und gingen alle zu Lasten der „Südostschweiz“. Mit dem „Werdenberger und Obertoggenburger“, der „Rheintalischen Volkszeitung“ und dem „Liechtensteiner Vaterland“, die bis anhin der Südostschweizer Mediengruppe angehörten, schliessen sich ab 2014 drei Regionalzeitungen dem von der NZZ-Gruppe dominierten „St. Galler Tagblatt“ an. Weiter kooperiert der „Bote der Urschweiz“ per 2014 mit der NZZ-Tochter „Neue Luzerner Zeitung“, um sich mit der „Neuen Schwyzer Zeitung“ zusammen zu schliessen. Durch diese Wechsel bedingt sinkt die Auflage der „Südostschweiz“ von 121'000 auf rund 82'000 Exemplare.⁵⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 28.08.2013
MARLÈNE GERBER

Mit Verkauf des eigenen Aktienanteils von 70,5% des „Landboten“ an Tamedia verabschiedete sich mit der **Ziegler Druck- und Verlags-AG** ein weiteres kleines Verlagshaus vom Pressemarkt. Somit hält Tamedia insgesamt 90,5% der Aktien der Winterthurer Tageszeitung; ein knapper Zehntel verbleibt bei einem Einzelaktionär.⁶⁰

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 09.10.2013
MARLÈNE GERBER

Im Oktober gaben die Medienhäuser Ringier und Tamedia bekannt, ihre Anteile von je 46,2% an der überregionalen, französischsprachigen Tageszeitung „**Le Temps**“ **verkaufen** zu wollen. Interesse zeigten in erster Reaktion unter anderem die Wirtschaftszeitung „L’Agefi“, Jean-Claude Biver, Präsident der Uhrenmarke Hublot, sowie Christoph Blocher und Tito Tettamanti als Inhaber der „Basler Zeitung“. Die NZZ verzichtete explizit auf die Einreichung eines Angebots und liess verlauten, man erachte eine Ausdehnung des Engagements auf den französischsprachigen Zeitungsmarkt als nicht opportun, sei jedoch auch nach Eigentümerwechsel an der Weiterführung oder gar einem Ausbau der Zusammenarbeit mit der Qualitätszeitung interessiert. Für den Fall, dass kein passender Käufer gefunden werden könne, würden die aktuellen Besitzer von „Le Temps“ den Verkauf des eigenen Anteils an den anderen Teilhaber prüfen, informierten die beiden Medienhäuser. Die Zukunft des Traditionsblattes blieb bis zum Ende des Berichtsjahres ungewiss.⁶¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 20.12.2014
MARLÈNE GERBER

Aus wirtschaftlichen Gründen entschloss sich die NZZ-Mediengruppe im November 2014 zur **Schliessung der NZZ-Druckerei** in Schlieren. Die NZZ und die "NZZ am Sonntag" sollen künftig bei Tamedia gedruckt werden, weswegen 125 Angestellten die Kündigung droht. Man werde versuchen, einige Mitarbeiter intern oder bei den Tamedia-Standorten unterzubringen und sei in Konsultation mit den Gewerkschaften. Dass ein Konsultationsverfahren eingeleitet werde, nachdem die Verträge mit Tamedia bereits abgeschlossen seien, wurde von der Branchengewerkschaft Syndicom stark kritisiert. Ende Jahr hatten um die 1000 Personen eine Petition zum Erhalt der Druckerei unterzeichnet, welche dem CEO der NZZ im Rahmen einer Demonstration von rund 70 Personen aus Druckerei, Redaktion und Hausdienst und im Beisein von Syndicom ausgehändigt wurde. Bereits im Frühjahr hatten sich Syndicom und Impressum unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen bei der NZZ und der "NZZ am Sonntag" gezeigt: Aufgrund Nichterfassung der Arbeitszeiten in den Redaktionen hatten die Gewerkschaften Anzeige beim Arbeitsamt in Zürich erstattet. Ähnliche, bereits Anfang Jahr deponierte Anzeigen richteten sich auch gegen Tamedia und Ringier.⁶²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 04.02.2015
MARLÈNE GERBER

Auch nach Ende des Konsultationsverfahrens rückte die NZZ-Mediengruppe nicht von ihrem im Vorjahr gefassten Entscheid zur **Schliessung der NZZ-Druckerei** in Schlieren ab. Im Rahmen des Konsultationsverfahrens bezeichneten die Personal- und Betriebskommissionen die Gründe zur Schliessung der Druckerei als nicht stichhaltig und stellten erfolglos den Antrag an das Management, die Aktionäre zur geplanten Schliessung zu befragen. Ab Mitte 2015 werden die NZZ und die "NZZ am Sonntag" in der Druckerei des konkurrierenden Medienhauses Tamedia gedruckt.⁶³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 28.10.2015
MARLÈNE GERBER

Im Oktober 2015 gab die unabhängige Tageszeitung "**La Liberté**" bekannt, künftig eine **Partnerschaft mit "Edition Suisses Holding" (ESH)** eingehen zu wollen. Ab dem ersten Trimester 2016 kooperieren die Freiburger Tageszeitung und ESH, welcher unter anderem auch die Walliser Tageszeitung "Le Nouvelliste" und die über die Kantone Neuenburg und Jura berichtende Tageszeitung "L'Express" angehören, in den Ressorts Schweiz, Internationales und Wirtschaft. Die Inhaber der Gruppe Saint-Paul, Herausgeber von "La Liberté", machten jedoch deutlich, dass sich die Zusammenarbeit auf die redaktionelle Arbeit beschränke: Der Verkauf von Anteilsscheinen an die ESH sei nicht vorgesehen. Bereits ein Jahr zuvor kam es zu Umbrüchen bei "La Liberté", die sich bis dahin über 140 Jahre lang komplett in der Hand der Paulus-Schwester befunden hatte.⁶⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTEDATUM: 01.01.2017
ANJA HEIDELBERGER

Das Pressejahr 2017 war stark durch die Medienkonzentration geprägt, die sich insbesondere in der Einstellung von L’Hebdo, der Schaffung einer Mantelredaktion für alle Tamedia-Zeitungen und dem Joint Venture der AZ Medien und der NZZ-Mediengruppe zeigte. Diese Entwicklungen führten anfänglich in der Romandie und später in der ganzen Schweiz zu Diskussionen um die Frage, **ob und wie der Staat Zeitungen und Magazine unterstützen** solle. Unter anderem wurden dazu auf Bundesebene zahlreiche Vorstösse eingebracht. Eine Möglichkeit, die Zeitungen indirekt zu unterstützen, verfolgte Olivier Feller (fdp, VD) mit einer Ende Februar 2017 eingereichten Motion. Auslöser war die Ankündigung der Post gewesen, die Frühzustellung nur noch bei einem Aufpreis zu gewährleisten. Fellers Motion wollte nun garantieren, dass die Zeitungsausgaben auch ohne zusätzliche Kosten für die Verlage

jeweils am Morgen ausgeliefert werden. Zusätzlich reichte der Motionär zwei Anfragen (A. 17.5601, A. 17.5602) und eine Interpellation (Ip. 17.3672) zur Ankündigung der Post ein. Im März 2017 lancierte die Parteipräsidentin der Grünen, Regula Rytz (gp, BE), ein Postulat zur gezielten Medienförderung. Darin bat sie den Bundesrat darum, Instrumente für eine direkte und indirekte Medienförderung aufzuzeigen. Auch Kurt Fluri (fdp, SO, Ip. 17.3729), Ada Marra (sp, VD, Ip. 17.4086), Jean-Paul Gschwind (cvp, JU, A. 17.5007) sowie Adèle Thorens Goumaz (gp, VD, A. 17.5007) erbaten vom Bundesrat mehr Informationen betreffend allgemeine Möglichkeiten zur Unterstützung der Presse. Auch zur Inhaberkonzentration machten sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier Sorgen. Philipp Hadorn (sp, SO) reichte eine Motion (Mo. 17.3778) zur Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen von Medienunternehmen ein und sein Parteikollege Jacques-André Maire (sp, NE) forderte in einem Postulat (Po. 17.3695) Kriterien für die Übernahme von bestehenden Medien. Géraldine Savary (sp, VD), ein weiteres SP-Mitglied, wollte zudem in einer Interpellation (Ip. 16.3563) vom Bundesrat wissen, ob er Massnahmen zur Aufrechterhaltung der redaktionellen Unabhängigkeit als nötig erachte. Auch die Exponenten der rechten Ratsseite sorgten sich um die Unabhängigkeit der Presse; der Grund ihrer Sorge lag aber in der staatlichen Unterstützung für die Medien: Thierry Burkart (fdp, AG) zum Beispiel erklärte, dass die Medien „Beisshemmungen“ entwickeln könnten, wenn sie staatlich finanziert würden.

Wie die Bundespolitik sie unterstützen könne, diskutierten auch die Medien selbst. Vorgeschlagen wurden zum Beispiel Konzessionen für Zeitungen, bei denen Leistungen zum Erhalt des Service public finanziell entschädigt würden. Dies sei gemäss Le Temps allerdings dann problematisch, wenn eine Zeitung einem grossen Verlagshaus wie Ringier oder Tamedia gehöre. Zahlreiche Handlungsmöglichkeiten wurden bezüglich der Konkurrenz durch die SRG diskutiert. So könnte eine Werbebeschränkung für die SRG zwar deren Konkurrenz für die Werbung in der Presse verringern, würde jedoch nicht garantieren, dass die Werbekunden auf die Zeitungen umstiegen. Positiver wurde ein Werbeverbot für die SRG nach 20 Uhr, wie es zum Beispiel in Frankreich existiert, bewertet. Zur Diskussion stellen müsse man gemäss Le Temps auch eine Steuer auf Werbeeinnahmen, wodurch man einen Teil der Gelder, die für Werbeaufträge im Ausland gesprochen werden, zurückholen könne. Bereits vom Parlament verabschiedet worden war zu diesem Zeitpunkt ein Übergang zum Shared-Content-Modell, wodurch die SRG den privaten Anbietern Inhalte zur Verfügung stellen muss.

Indirekte Hilfe für die Presse versprach man sich auch durch eine mögliche Nationalisierung der Druckereien, was zu einer Reduktion der Druckkosten führen würde. Auch grundsätzlichere Aspekte der Medienförderung wurden von den Medien besprochen: Zum Beispiel solle die Journalistenausbildung verbessert und vom Bund anerkannt werden, da bisher kein geschützter Titel für ausgebildete Journalisten existiere. Dies reiche gemäss Le Temps zwar nicht aus, um die Probleme der Medienlandschaft zu lösen, wäre aber ein guter Anfang und würde der Presselandschaft helfen, die Digitalisierung zu überleben. Notwendig sei schliesslich auch eine Unterstützung für die SDA, die sich ebenfalls in Schwierigkeiten befinde. Ein erster Schritt dazu hatte der Bundesrat bereits unternommen, indem er der SDA CHF 2 Mio. jährlich aus der Radio- und Fernsehgebühr zugesprochen hatte.⁶⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 24.01.2017
ANJA HEIDELBERGER

„Il était bien pour la tête“ – der Leitspruch des Nachrichtenmagazins L'Hebdo erschien am 2. Februar 2017 zum letzten Mal und daher in der Vergangenheitsform. Denn obwohl bereits im Sommer 2016 die Redaktionen des Nachrichtenmagazins L'Hebdo und der Tageszeitung Le Temps fusioniert worden waren, gab der Ringier Axel Springer Verlag Mitte Januar bekannt, dass das Nachrichtenmagazin **L'Hebdo** per Anfang Februar gänzlich **eingestellt** werde und 37 Personen entlassen würden. Das seit 1981 erschienene Magazin schrieb seit 2002 rote Zahlen und litt vor allem unter sinkenden Werbeeinnahmen (-50% in vier Jahren) und Abonnementszahlen (-25% in zehn Jahren). Der ehemalige Chefredaktor von Le Matin, Peter Rothenbühler, führte die rückläufigen Werbeeinnahmen auch auf die inhaltliche Neuausrichtung des Magazins zurück: Während L'Hebdo früher hauptsächlich politische Themen aus einer europafreundlichen Blickrichtung mit Mitte-Links-Positionierung behandelt hätte, sei man je länger je mehr zu sogenannten Servicethemen, zum Beispiel Reisen oder Wohnen, übergegangen. Auch die allgemeine Entwicklung abnehmender Anteile an jungen Lesern aufgrund der Konkurrenz durch das Internet und Gratiszeitungen hätten dem Magazin besonders stark geschadet, da es traditionell bei dieser Gruppe besonders beliebt gewesen sei.

Die Schliessung von L'Hebdo kam gemäss mehreren Stimmen nicht gänzlich überraschend. So habe die Redaktion zuvor ein Management-Buyout beabsichtigt, bei

dem sie das Magazin zu einem Symbolpreis hätte übernehmen und weiterführen wollen. Dazu habe Chefredaktor Alain Jeannot ein neues Konzept und einen neuen Internetauftritt sowie Pläne für zusätzliche Werbeeinnahmen entwickelt. Da der Erfolg eines solchen Vorgehens gemäss einer Sprecherin des Verlags unrealistisch gewesen sei und man die Mitarbeitenden vor finanziellem Schaden habe bewahren wollen, lehnte der Verlag ein solches Vorgehen ab. Man habe jedoch versucht, andere Verlage für eine Übernahme oder Stiftungen für eine finanzielle Unterstützung zu gewinnen, sagte Ralph Büchi, COO der Ringier-Gruppe. Diese Erklärungen überzeugten jedoch nicht alle. So wurden Stimmen laut, die davon ausgingen, dass sich der Verlag keine zusätzliche Konkurrenz für Le Temps, das ebenfalls finanziell nicht auf Rosen gebettet sei, habe schaffen wollen. So gab Büchi bezüglich der Schliessung von L'Hebdo auch unumwunden zu, dass man dessen rote Zahlen nicht mehr habe finanzieren können und sich entschlossen habe, sich auf den erfolgsversprechenderen Titel, Le Temps, zu konzentrieren. „Stabiliser et sécuriser la situation du Temps“, sei das Ziel.

Nach Ankündigung der Schliessung meldeten sich zahlreiche Personen zu Wort, um ihr Bedauern zu äussern, darunter der Gründer von L'Hebdo, Jacques Piquet, Bundesrat Alain Berset, die Gewerkschaft der Medienschaffenden Syndicom und der Journalistenverband Impressum. Die Waadtländer Regierung drückte gleichzeitig ihre Furcht vor einem „Verlust der Diversität und der Pluralität der Presse“ aus.⁶⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 11.03.2017
ANJA HEIDELBERGER

„**Schweizer Mediengeschichte**“ schrieben gemäss Aussage von Etienne Jornod, Verwaltungsratspräsident der **NZZ-Mediengruppe**. Letztere und die **AZ Medien** im Dezember 2017. Die beiden Verlagshäuser gaben bekannt, als gleichberechtigte Partner ein Joint Venture zu gründen: ein gemeinsames Unternehmen mit starker regionaler Verankerung, 20 Zeitungstiteln, Onlineportalen sowie Radio- und Fernsehstationen. Ausgenommen blieben die NZZ, die NZZ am Sonntag und Watson sowie alle konzessionierten Radio- und Fernsehsender. Letztere kämen erst hinzu, wenn die sogenannte 2-plus-2-Regel, wonach jedes Unternehmen höchstens über je zwei Radio- und Fernsehkonzessionen verfügen dürfe, gefallen sei. Das Joint Venture wird einen Jahresumsatz von CHF 500 Mio. erzielen sowie 2'000 Mitarbeitende beschäftigen und damit zum viertgrössten Medienunternehmen der Schweiz werden. Der Zusammenschluss ist vorerst vertraglich auf zehn Jahre begrenzt, dann haben die AZ Medien die Möglichkeit, ihre Beteiligung auf 100 Prozent aufzustocken. Die NZZ-Mediengruppe hat bereits vorher die Möglichkeit, ihre Anteile zu verkaufen. Dass zudem Peter Wanner, bisheriger Verleger der AZ Medien, Verwaltungsratspräsident und Axel Wüstmann – ebenfalls von den AZ Medien – CEO werden würden, Jörg Schnyder und Jürg Weber von der NZZ-Mediengruppe jedoch nur deren Stellvertreter, erachtete die Weltwoche als deutliches Zeichen dafür, dass die AZ Medien den Lead übernehmen würden und Wanner entsprechend die NZZ „auskaufe“. Mit Pascal Hollenstein wird jedoch die NZZ den künftigen publizistischen Leiter stellen können.

Als wichtige Voraussetzung des Zusammenschlusses betonten Peter Wanner und Etienne Jornod ihr gemeinsames „Bekenntnis zu unabhängigem, vorurteilslosem Qualitätsjournalismus“. Keine Veränderung werde es bei den Produkten geben, erklärten beide weiter. Diese blieben bestehen und es komme auch nicht zu Entlassungen. Das Joint Venture würde es aber erlauben, die Kräfte im Regionalgeschäft zu bündeln; gemeinsam habe man die notwendige kritische Masse und könne daher die digitale Transformation meistern, erklärte Jornod. „Gemeinsam sind wir stärker“, betonte auch Wanner. Mit dem Joint Venture sollten letztlich die Unabhängigkeit der Zeitungen und deren Weiterentwicklung gesichert werden, zuvor muss die WEKO den Handel jedoch noch absegnen. Anschliessend soll der Start voraussichtlich im Herbst 2018 erfolgen.

Auch sonst tat sich bei der NZZ-Mediengruppe 2017 einiges: Im April wurde bekannt, dass die NZZ ihre Onlineausgabe in Österreich einstelle und fünf Mitarbeitende entlasse. NZZ.at, das als Prestigeobjekt des österreichischen NZZ-CEO Veit Dengler galt, blieb gemäss Medienberichten immer hinter den Erwartungen zurück, so dass bereits vor einem Jahr die Hälfte der Belegschaft entlassen worden war. Nur kurze Zeit später trennte sich die NZZ auch von ihrem bisherigen CEO, was jedoch nichts mit der Einstellung der Österreich-Ausgabe zu tun habe, wie betont wurde. Man habe unterschiedliche Auffassungen bezüglich Umsetzung der Strategie in der nächsten Phase. Denglers Nachfolger wurde mit Felix Graf ein Branchenfremder. Graf sei zwar weder journalistisch tätig gewesen noch habe er für ein klassisches Medienunternehmen gearbeitet, er kenne sich hingegen als Energiefachmann „mit Märkten im rasanten Wandel“ sowie mit dem „Management technologiegetriebener Veränderungsprozesse“ aus, erklärte die NZZ in einem Artikel. Dennoch fragte sich

unter anderem die WOZ ob der Kombination mit dem ebenfalls branchenfremden Verwaltungsratspräsidenten Jornod, wer sich bei der NZZ überhaupt noch mit Medien auskenne.

Ende Mai gab der Verwaltungsrat der NZZ-Mediengruppe auch den Namen des neuen Chefredaktors der NZZ am Sonntag bekannt: Die Stelle übernehme der bisherige stellvertretende Chefredaktor Luzi Bernet, der 2002 schon zum Gründungsteam der NZZ am Sonntag gehört hatte. Bereits zuvor war zum Beispiel im Tages Anzeiger gerätselt worden, ob die NZZ am Sonntag mit der Pensionierung des langjährigen Chefredaktors Felix E. Müller stärker an das Mutterblatt angebunden und allenfalls dessen politische Kursänderung ebenfalls vollziehen werde. Die Furcht vor einer solchen Entwicklung habe zu einer redaktionsinternen Arbeitsgruppe und einem Brief an den Verwaltungsrat mit einem Appell für die publizistische Unabhängigkeit der NZZ am Sonntag geführt, erklärte der Tages Anzeiger weiter. Mit diesem personellen Entscheid und entsprechenden Erklärungen bestätigte die NZZ-Mediengruppe jedoch sowohl implizit als auch explizit die publizistische Unabhängigkeit der NZZ am Sonntag. Gemäss Tages Anzeiger setze man damit auf einen „moderaten politischen Kurs“, was die Redaktion der NZZ am Sonntag freue.

Nicht nur organisatorisch, auch inhaltlich habe es 2017 wichtige Veränderungen gegeben, schrieb die WOZ im Oktober 2017 und löste damit breite Reaktionen aus. Die WOZ erklärte, dass bei der NZZ innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre die Hälfte des Personals in der Inlandredaktion ausgewechselt worden sei. Dies sei insofern erstaunlich, als eine Redaktionsmitgliedschaft bei der NZZ bisher quasi eine Anstellung auf Lebenszeit gewesen sei. Grund für diesen Wandel soll gemäss WOZ der steigende Druck rechtskonservativer Kreise und ein von Chefredaktor Eric Gujer gefördertes Klima der Angst sein. Die WOZ zitierte mehrere ehemalige Mitarbeitende, gemäss denen unkonventionelle Personen einfach ersetzt oder nicht genehme Artikel nicht veröffentlicht würden. Brigitte Hürlimann, eine langjährige Mitarbeiterin der NZZ, sprach gar von einer „Säuberungswelle“. „Personalrotationen sind normal“, entgegnete hingegen Feuilletonchef René Scheu auf die Anschuldigungen. Er bekäme keine Anweisungen zu Personalentscheiden von oben und es fände auch keine Ideologisierung statt.

Gemäss WOZ befand sich die NZZ-Mediengruppe in einer anderen Situation als zum Beispiel Tamedia oder Ringier: Da sie der Publizistik treu bleibe und nicht versuche, neue Erwerbsmöglichkeiten zu erschliessen wie Letztere, wirkten sich die politischen Druckversuche, die personellen Entscheidungen, welche die publizistische Ausrichtung stark prägten, sowie die ökonomischen Zwänge auch besonders stark auf ihre Entscheidungen aus. Statt neuer Erwerbsmöglichkeiten ausserhalb der Publizistik suche sie daher in sozialer wie geographischer Hinsicht (zum Beispiel in Österreich mit nzz.at oder in Deutschland mit einem spezifischen E-Paper) nach neuen Leserinnen und Lesern. Der neue Rechtskurs der NZZ könne somit durch das Interesse der Geldgeber in der Schweiz und durch die Möglichkeit, sich in Deutschland von anderen Zeitungen abzuheben, erklärt werden. Unklar sei jedoch, ob die liberalen und linken Leserkreise aus der Schweiz durch genügend rechtsbürgerliche Leserinnen und Leser in Deutschland ersetzt werden könnten.

In der Folge schickten fast 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen Protestbrief an die NZZ-Leitung, um ihre Sorge über die im WOZ-Artikel ebenfalls geschilderte Entlassung des Feuilleton-Redaktors Uwe Justus Wenzel und den massiven Aderlass beim Feuilleton kundzutun. Sie befürchteten insbesondere, dass die „personellen Entscheide nicht allein auf ökonomische Zwänge zurückzuführen“ seien, dadurch Horizonte verengt würden und das Niveau des Feuilleton sinken würde. Scheu erklärte jedoch, dass die Transformationen der Branche das Jobprofil verändert habe und er „Hochleistungssportler des Geistes“ beschäftigen wolle.⁶⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 28.03.2017
ANJA HEIDELBERGER

Nicht nur in der Romandie sondern auch im rätoromanischen Sprachraum sorgte man sich 2017 stark um die Zukunft der eigenen Presse. So teilte das Samedia-Verlagshaus im März 2017 dem Bündner Regierungsrat Martin Jäger (GR, sp) sowie der rätoromanischen Nachrichtenagentur ANR mit, dass man das Defizit der **Quotidiana** nicht mehr länger tragen wolle. Die einzige rätoromanische Tageszeitung – mit Regionalteilen in den fünf Idiomen und einem Hauptteil in Rumantsch Grischun – solle in Zukunft in der Verantwortung der ANR liegen, diese solle also auch für die Personal- und Honorarkosten aufkommen. Bisher hatte die von Bund und Kanton finanzierte Nachrichtenagentur der Quotidiana Texte und Bilder geliefert, mehr sei aber gemäss Sprachengesetz nicht möglich, erklärte Jäger. Auch ein weiterer möglicher Lösungsvorschlag von Samedia-CEO Andrea Masüger, aus dem rätoromanischen Radio und Fernsehen sowie der Quotidiana ein gemeinsames Mediengefäss zu schaffen, fand

kaum Anklang, auch wenn eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Radio, Fernsehen und Zeitung gemäss ANR-Stiftungsrat Martin Candinas (cvp, GR) Sinn machen könne. Gemäss Quotidiana-Chefredaktor Martin Cabalzar sei das Überleben der Zeitung nur schon für das Überleben der rätoromanischen Sprache zwingend. Sprachen müssten sich weiterentwickeln können, sprachliche Neuschöpfungen im Rahmen von Zeitungsartikeln seien dafür unerlässlich.

In der Sondersession 2017 reichte Candinas eine Interpellation (Ip. 17.3316) zur Frage ein, wie es mit der Quotidiana weitergehen solle. Bald wurde klar, dass die Zeitung alleine nicht würde überleben können. Dennoch könne ihr von Kanton oder Bund nicht direkt geholfen werden, da die Medien unabhängig bleiben müssten, erklärte zum Beispiel Martin Jäger. Schliesslich entschied der Bundesrat, sich an einer Übergangsfinanzierung für das Jahr 2018 zu beteiligen: Bund, Kanton und Lia Rumantscha, die romanische Sprachorganisation, bezahlen je CHF 50'000 und Samedia übernimmt vorerst weiter die Kosten für die Herausgabe. Fürs Jahr 2019 gab die Bündner Regierung bekannt, dass sie ein langfristiges Konzept mittragen und mitfinanzieren würde. Um abzuklären, wie ein solches aussehen könnte und welche Bedürfnisse die Bürger hätten, führte Lia Rumantscha im September 2017 im Rahmen des Projekts „Medias rumantschas 2019“ eine repräsentative Telefonumfrage durch. Bis Herbst 2018 sollen demnach konkret umsetzbare Ideen der Projektleitung vorliegen.⁶⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 17.08.2017
ANJA HEIDELBERGER

Das Medienjahr 2017 war neben zahlreichen Zusammenschlüssen von Medienverlagen auch von Gerüchten um **Alt-Bundesrat Christoph Blocher und um sein Interesse an Zeitungsverlagen** geprägt. Diese Berichte wurden jeweils von grosser medialer Aufruhr begleitet, da befürchtet wurde, Blocher würde versuchen, ein SVP-nahes Medienimperium aufzubauen. So waren sich die Medien einig, dass Blocher schon länger Interesse an Zeitungskäufen habe. Bereits 2016 gab es Gerüchte, dass er eine überregionale Sonntags-Gratiszeitung plane. Während die Einen Blocher als Zeitungsnarren (WW), als „l'homme qui s'intéresse encore aux journaux“ (LT) und als „einzige[n] Schweizer Verleger, der noch in Zeitungsjournalismus investiert“ (WW), beschrieben, fürchteten sich die Anderen vor einer „Berlusconisierung“ der Schweizer Medienlandschaft. Regula Rytz (gp, BE) zum Beispiel erinnerte diesbezüglich an die Medienimperien von Rupert Murdoch und Silvio Berlusconi. Beide Personen würden ihre dominante Marktstellung ausnutzen, um politische Macht auszuüben. Aus demokratietheoretischer Sicht sei zudem nicht nur der Verlust an Titeln – siehe das Beispiel L'Hebdo –, sondern auch eine Eigentümerkonzentration problematisch, da dadurch der publizistische Einfluss der Eigentümer im Markt und in der Politik verstärkt würde. Aus einer Marktlogik würden solche Übernahmen indes Sinn machen, da sie eine Reduktion der Fixkosten erlauben würden, was auf viele Verlage angesichts der schwierigen Situation der Presse verlockend wirken könnte. Um einer Medienkonzentration aufgrund dieser Motive entgegen zu wirken, wurden auch Stimmen laut, die eine staatliche Medienförderung, zum Beispiel in Form einer staatsfernen unabhängigen Journalismusförderung, wie sie zum Beispiel Edith Graf-Litscher (sp, TG) vorschlug, forderten.

Den Anfang machten im März 2017 Gerüchte und Ankündigungen um die Basler Zeitung BaZ, die sich im Mitbesitz von Christoph Blocher befindet. Demnach habe der Basler Anwalt Martin Wagner, Rechtsvertreter der Basler Zeitung Medien, dem Ringier-Chef Marc Walder ein Kaufangebot in der Höhe von CHF 230 Mio. für die Blick-Gruppe (Blick, Sonntags-Blick, Blick am Abend und Onlineportale) unterbreitet. Hauptinvestor solle der ehemalige SVP-Nationalrat Walter Frey sein, was für die Medien ein Anzeichen dafür war, dass in Tat und Wahrheit Christoph Blocher am Kauf der Mediengruppe interessiert sein könnte. Sowohl Blocher als auch Frey verneinten zwar eine Beteiligung, dennoch gingen die Wellen in der Folge hoch. Michael Ringier und mit ihm zahlreiche Kommentatoren aus Medien und Politik befürchteten, dass der Blick nach einer allfälligen Übernahme auf einen rechtspopulistischen Kurs gebracht würde. Ringier-Chef Marc Walder bezeichnete die Blick-Gruppe in der Folge als unverkäuflich: „Egal zu welchem Preis. Egal, wer der Käufer wäre.“ Mitte März bestätigte die Ringier-Gruppe das Übernahme-Angebot durch Martin Wagner, der Frey als Hauptinvestoren genannt habe. Wagner gab später an, dass er die Blick-Gruppe zum Aufbau einer Bezahlplattform für Sport habe kaufen wollen.

Im August gab Rolf Bollmann, CEO der Basler Zeitung, bekannt, dass die BaZ Holding AG, die zu je einem Drittel Christoph Blocher, Bollmann und BaZ-Chefredaktor Markus Somm gehört, den Wochenzeitungsverlag Zehnder Regionalmedia AG und damit 25 Gratistitel mit einer Gesamtauflage von 720'756 Exemplaren übernehme. Gemäss Weltwoche machte dieser Kauf Christoph Blocher zum siebtgrössten Verleger in der

Schweiz. In Lokalzeitungen sei die lokale Nachfrage nach Inseraten noch immer hoch, begründete Bollmann die Übernahme. Sogleich wurden Befürchtungen laut, der Verkauf könne in der Region politische Auswirkungen haben, zum Beispiel falls die Lokalblätter in rechte Wochenzeitungen umgewandelt würden. Bollmann und Blocher versicherten jedoch, dass in diesem Mediensegment politische Berichterstattungen nur einen geringen Stellenwert einnähmen, die Redaktionen unabhängig blieben und die Zeitungen daher nicht zu SVP-Kampfblättern umfunktioniert würden. In zahlreichen Zeitungsartikeln wurde diesbezüglich betont, dass die übernommenen Zeitungen bereits mehrheitlich stramm bürgerlich seien und sich die Ausrichtung der Gratisblätter folglich kaum ändern werde.

Im Oktober berichteten die Medien über Verhandlungen zwischen der Basler Zeitung und der Südostschweiz bezüglich eines gemeinsamen Mantelteils. So solle die bereits bestehende Zusammenarbeit der Südostschweiz mit der BaZ im Bereich Korrektur und Layout auf einer inhaltlichen Ebene vertieft werden. Dies sorgte abermals für Unruhe im Zeitungssektor, da befürchtet wurde, die BaZ hätte einen prägenden Einfluss auf einen gemeinsamen überregionalen Bund der zwei Zeitungen. Linards Udris, der stellvertretende Leiter des Fög, erklärte, dass die Situation im Kanton Graubünden besonders problematisch sei, da ausser der SRG für die Südostschweiz kaum Konkurrenz bestehe. Die SP Graubünden reichte eine Petition ein, in der sie sich um die zukünftige Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Südostschweiz sorgte. Anfang November schuf schliesslich ein Artikel in der Südostschweiz Klarheit: Darin gab die Samedia durch Verleger Hanspeter Lebrument und CEO Andrea Masüger bekannt, dass man nicht beabsichtige, die Kontrolle über die Inhalte der im Familienbesitz befindlichen Zeitung aus der Hand zu geben. Man führe jedoch Gespräche mit der BaZ bezüglich einer gemeinsamen Kooperation, wie sie für den Inlandteil und die Wochenendausgabe bereits mit der Nordwestschweiz bestehe. Bei einer solchen Zusammenarbeit würden jedoch beide Zeitungen weiterhin volle publizistische und verlegerische Unabhängigkeit geniessen. Zudem werde eine verstärkte Zusammenarbeit im technischen Bereich verfolgt, wodurch Arbeitsplätze in Chur geschaffen würden und die Zeitungsproduktion der BaZ in der Schweiz verbleibe. Dabei verteidigte die Samedia-Spitze ihren Verhandlungspartner: Die Redaktion der BaZ verfolge unter Markus Somm „eine pluralistische Linie mit breitem Meinungsspektrum“. Im Rahmen dieser Berichterstattungen bestätigte Marcel Geissbühler, Direktor des Gassmann Verlags, dass auch das Bieler Tagblatt Gespräche bezüglich eines gemeinsamen Mantelteils mit der BaZ führe. Diese seien jedoch noch nicht konkret.

Ebenfalls in einen Zusammenhang mit zukünftigen Akquisitionen setzte die Aargauer Zeitung den Umzug der BaZ Holding nach Zug sowie ihren Namenswechsel in Zeitungshaus AG. So biete sich Blocher als Gesprächspartner für alle Verleger an, „die nicht mehr willens oder in der Lage sind, ihre Blätter herauszugeben“. Die übernommenen Gratiszeitungen der Zehnder-Gruppe würden in der Folge in der Swiss Regio Media zusammengefasst, bei der bei Bedarf auch weitere Zeitungen hinzugenommen werden könnten.⁶⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 22.08.2017
ANJA HEIDELBERGER

Einen Tag vor der grossen Ankündigung zur Schaffung einer Mantelredaktion liess Tamedia verlauten, die **Redaktionen von Le Matin und 20 Minutes per 1. Januar 2018 zusammenzulegen**, wodurch sechs Personen ihre Stelle verlieren. Der Zusammenschluss habe keine Auswirkungen auf die Leser, da beide Titel separat weitergeführt würden, betonte Tamedia. Umgehend wurden aber in den Medien Befürchtungen laut, dass dies ein erster Schritt zur Einstellung von Le Matin sei, der seit 20 Jahren rote Zahlen schreibe. So weise das Vorgehen hier starke Parallelen zum Vorgehen von Ringier Axel Springer bei L'Hebdo auf, bei dem ebenfalls eine Zusammenlegung von Teilen der Redaktionen der Einstellung vorangegangen sei. Dem widersprach jedoch Tamedia-Sprecher Patrick Matthey. Das Gegenteil sei der Fall: Durch die Zusammenlegung stärke man beide Titel. Beide Zeitungen würden dadurch ihre Identität behalten, zumal sie sich auch an komplementäre Leserschaften in unterschiedlichen Umgebungen richteten. Die Mediengewerkschaften Impressum und Syndicom kritisierten die Zusammenlegung und die geizigen Entschädigungen an die Gekündigten, insbesondere verglichen mit den hohen Löhnen und Bonusleistungen der Topmanager der Tamedia.⁷⁰

Bei der **Tamedia** kam es 2017 zu grossen Veränderungen. Besonders prägend für die schweizerische Medienlandschaft und geradezu ein Paukenschlag, wie es das St. Galler Tagblatt ausdrückte, war die Ankündigung der Tamedia im August, **ab 2018 die gesamte Mantelberichterstattung zusammenlegen zu wollen**. Betroffen von diesem Entscheid sind zwölf Tages- und zwei Sonntagszeitungen der Tamedia in der Deutschschweiz und in der Romandie. Die Redaktion soll dabei in zwei Kompetenzzentren an drei Standorten in Zürich, Bern und Lausanne stationiert sein. Zentral produziert werden in Zukunft die Inland-, Ausland-, Wirtschafts- und Sportberichterstattung und vereinheitlicht wird auch die optische Gestaltung der Tageszeitungen. In der Deutschschweiz werden auch das Layout, die Bildredaktion und das Korrektorat zusammengelegt. Dies soll es gemäss Christoph Zimmer, Sprecher von Tamedia, dem Unternehmen erlauben, „in die digitale Publizistik zu investieren“.

Obwohl Tamedia versicherte, dass man damit kein direktes Sparziel verfolge, zeigten sich Gewerkschaften, Mitarbeitende und die Presselandschaft besorgt bezüglich eines schleichenden Stellenabbaus. Kritisiert wurde diesbezüglich vor allem die von der Tamedia verfolgte „Salamitaktik“, wie das Vorgehen mehrfach beschrieben wurde. Auch wenn es vorerst nicht zu Entlassungen käme, gehe man doch davon aus, dass zahlreiche Stellen in Zukunft nicht mehr besetzt würden. Zudem waren mehrfach Spekulationen zu lesen, wonach in Bern eine weitere Konzentration erfolgen werde und entweder Bund oder Berner Zeitung eingestellt würden. Diesbezüglich beruhigte Tamedia-Verwaltungsratspräsident Pietro Supino die Gemüter kaum, als er verlauten liess, dass vorerst beide Zeitungen weitergeführt würden, aber man nicht wisse, was in fünf Jahren sei.

Auch bezüglich der Medienqualität und -vielfalt wurden Bedenken laut: Würden die Tamedia-Zeitungen in Zukunft nur noch einen „Einheitsbrei“ abdrucken? Diesbezüglich versicherten die Chefredaktoren der jeweiligen Zeitungen, dass sich Letztere auch zukünftig noch unterscheiden würden. Im Raum Bern würde sich zum Beispiel die BZ stärker auf Lokal- und Sportberichterstattung konzentrieren, während der Bund einen umfangreicheren Mantelteil einbinden würde. Somit könne der Autonomieverlust der überregionalen Ebene auf regionaler Ebene kompensiert werden. Dies überzeugte die Medien jedoch kaum: Sie betonten, dass die Redaktionen zwar durchaus eigene Artikel verfassen könnten, dadurch aber die Synergieeffekte weniger stark wirken würden und ihre Kosten entsprechend stiegen. Daher wurde bezweifelt, dass sie sich eine umfassende Eigenständigkeit wirklich leisten könnten und würden. Medienprofessor Ottfried Jarren erklärte, dass ein Verlust an Eigenständigkeit immer auch zu einer Einschränkung des Spektrums der Reflexion im demokratischen Prozess führe. Bezüglich der Folgen des Zusammenschlusses für die Qualität waren jedoch auch positive Stimmen zu vernehmen. So könne durch Kooperationen die Qualität der Angebote erhöht werden, falls die Redaktionen genügend Ressourcen erhielten, wurde vielerorts betont. Durch die Konzentration der Kräfte entstünden eine höhere Dossierkompetenz und mehr Kapazitäten für die Recherche. Schliesslich sichere man mit dieser Entscheidung die wirtschaftliche Eigenständigkeit und journalistische Unabhängigkeit der Zeitungen und erhalte zudem deren unabhängigen politischen Ausrichtungen.

Besonders stark traf diese Änderung die Presselandschaft von Genf. Die Tribune de Genève wird in Zukunft in Lausanne produziert, ihre Mitarbeitenden werden zukünftig in Lausanne arbeiten. Die Tribune de Genève sei ein Symbol der Stadt Genf und werde nun zur Tribune de Lausanne, war mehrfach zu lesen. Lausanne sei „romande“, aber Genf sei wegen seiner internationalen Organisationen „un carrefour des mondes“, ein Kreuzungspunkt der verschiedenen Welten, erklärte ein Journalist der Tribune de Genève. Auch Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey bedauerte die Entscheidung der Tamedia zutiefst: „C'est pratiquement comme si La Tribune de Genève ne sera plus située à Genève“.

In der Folge boykottierten die Redaktionen der Tribune de Genève und der BZ den Tamedia-Verwaltungsratspräsidenten Pietro Supino, als er Vorträge zum Qualitätsmonitoring halten wollte. Da sich die BZ-Redaktion im Umstrukturierungsprozess „weder ernst- noch wahrgenommen“ fühle, sei dies ein schlechter Zeitpunkt für den entsprechenden Vortrag, hörte man aus Bern. Die Mitarbeitenden der Tamedia-Zeitungen aus der Romandie trugen ihre Anliegen auch auf die Strasse. In einer Kundgebung betonten sie, dass Tamedia die einheimischen Medien zerstöre, Genf seine Stimme entziehe und allgemein die Zukunft der Presse gefährdet sei. Auch der Berner Regierungsrat wollte diese Veränderungen nicht unkommentiert lassen und lud daher den Verwaltungsrat der Tamedia zu einer Aussprache ein. Ende Dezember traf sich zudem eine Delegation der Tamedia-Redaktionen der Romandie mit dem Verwaltungsrat der Tamedia in Zürich und forderte die Fortführung der Papierversion von Le Matin – Gerüchten zufolge sollte diese eingestellt werden –, ein zweijähriges Entlassungsmoratorium sowie die Herabsetzung

der Anforderungen an die Rentabilität der Zeitungen. Das Ergebnis dieser Besprechungen sei jedoch enttäuschend, liess die Delegation verlauten.⁷¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 22.12.2017
ANJA HEIDELBERGER

Kurz vor Weihnachten 2017 liess **Tamedia** als Abschluss des ereignisreichen Jahres verlauten, **Goldbach Media**, die Vermarkterin kommerzieller Werbefenster in Fernsehen und Onlinemedien, für CHF 216 Mio. zu übernehmen, ohne dass es bei den 340 Mitarbeitenden von Goldbach zu Entlassungen kommen werde. Diese Übernahme erlaube es Tamedia, die Bedürfnisse der Werbewirtschaft nach individualisierter Werbung zu erfüllen, hatte SP-Nationalrätin Jacqueline Badran (sp, ZH) bereits vor zwei Jahren prophezeit. Tamedia wolle ihre Position im internationalen Wettbewerb stärken, erklärte der Tages Anzeiger. Dadurch sei es ihr möglich, die 2016 gegründete Admeira zu konkurrenzieren. Dazu fehle aber noch ein Telekompartner, spekulierte die Aargauer Zeitung, und brachte den zum Verkauf stehenden Kabelnetzbetreiber UPC als ebensolchen ins Spiel. UPC sei bereits technologischer Partner der Tamedia, sei aber vermutlich für einen Kauf durch diese zu teuer, erklärte die AZ weiter. Tamedia äusserte sich nicht zu diesen Mutmassungen.⁷²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.01.2018
MARLÈNE GERBER

Ende Januar 2018 bekräftigte Somedia erneut, dass man die «Südostschweiz» nicht aus der Hand von Hanspeter Lebrument und dessen Familie geben wolle und auch in Zukunft einen eigenständigen Mantelteil produzieren wolle. Im Vorjahr hatten die Medien noch über eine mögliche Zusammenarbeit mit der BaZ berichtet. Zur Verbesserung der finanziellen Lage sollte jedoch per Mitte April 2018 eine **Zentralredaktion für die «Südostschweiz» und das Bündner Tagblatt** geschaffen werden. Die beiden Zeitungen sollten erhalten bleiben, der gemeinsame redaktionelle Teil werde aber vergrössert und die beiden Zeitungen würden in einheitlichem Layout erscheinen. Obwohl zu diesem Zeitpunkt kein Stellenabbau beschlossen worden war, leitete Somedia vorsorglich ein arbeitsrechtliches Konsultationsverfahren ein. Andrea Masüger, CEO von Somedia, betonte, dies sei eine Gelegenheit für die Mitarbeitenden, eigene Ideen einzubringen. Vielleicht könne ein Stellenabbau durch Pensenreduktionen und einen Einstellungsstopp verhindert werden. Nach Ende des Konsultationsverfahrens im Februar 2018 stand fest, dass 600 Stellenprozent bei den Festanstellungen abgebaut werden müssten. Insgesamt waren 16 von 127 Mitarbeitenden von Massnahmen wie Kündigung oder Pensenreduktion betroffen. Ferner plante das Unternehmen einen grösseren Abbau bei den freien Mitarbeitenden.⁷³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 16.08.2018
MARLÈNE GERBER

Am 16. August 2018 fällte die Wettbewerbskommission (WEKO) nach vertiefter Prüfung zwei zentrale Entscheide in Bezug auf Zusammenschlüsse bei den Medien. Gemäss Aussagen der Medien waren die Fusionsvorhaben als Folge der – insbesondere im Printbereich anfallenden – hohen Verluste bei den Werbeeinnahmen angedacht worden. Zum einen genehmigte die WEKO die Übernahme von Goldbach durch Tamedia, zum anderen stimmte sie dem **Joint Venture von AZ Medien und den NZZ-Regionalmedien** zu. In Bezug auf letzteren Zusammenschluss hielt die WEKO fest, es bestünden zwar Anhaltspunkte, dass mit dem neuen Gemeinschaftsunternehmen, insbesondere in den Regionen Solothurn und Aargau sowie im Bereich Gebäudetechnik, eine marktbeherrschende Stellung begründet oder verstärkt werden könnte, es sei jedoch nicht damit zu rechnen, dass der wirksame Wettbewerb im relevanten Marktsegment beseitigt werde; insbesondere mit Ringier und Tamedia stünden dem neuen Unternehmen nach wie vor starke Konkurrenten gegenüber. Die WEKO hielt in ihrer Medienmitteilung ferner fest, dass es ihr nur zustehe, «nach Kartellgesetz rein wettbewerbliche und keine medienpolitischen Aspekte, wie etwa die Medienvielfalt, zu prüfen».

Das neu geschaffene Unternehmen mit dem Namen **CH Media**, das am 1. Oktober 2018 in Betrieb ging, sieht sich stark regional verankert. Neben den Regionalzeitungen gehören auch diverse Onlineportale – davon ausgenommen als Einheit der AZ Medien ist das Onlineportal Watson –, Zeitschriften sowie Radio- und Fernsehstationen in der Deutschschweiz zum Joint Venture. Wie bereits bei Bekanntmachung der Pläne im Vorjahr publik gemacht, wurde Peter Wanner, langjähriger Verleger der Aargauer Zeitung, Präsident des Verwaltungsrats. Axel Wüstmann, CEO der AZ Medien, wurde auch CEO von CH Media. Die publizistische Leitung fiel Pascal Hollenstein zu, der seit 2016 als Leiter Publizistik der NZZ-Regionalmedien amtiert. Patrik Müller, Chefredaktor der «Schweiz am Wochenende» und der «AZ Nordwestschweiz», wurde zum Chefredaktor Zentralredaktion ernannt; er erhielt ebenfalls das Amt des

stellvertretenden publizistischen Leiters.

Das Unternehmen generierte zum Zeitpunkt der Übernahme einen Umsatz von CHF 480 Mio. und beschäftigte 2'200 Mitarbeitende in 1'900 Vollzeitstellen. Bereits im November 2018 kündigte CH Media einen Stellenabbau von 200 Vollzeitstellen in den nächsten beiden Jahren an.⁷⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 16.08.2018
MARLÈNE GERBER

Gleichzeitig mit der Genehmigung des Joint Ventures der AZ Medien und der NZZ-Regionalmedien genehmigte die WEKO im August 2018 ebenfalls die **Übernahme von Goldbach durch Tamedia** ohne Auflagen. Diesem Entscheid vorangegangen war – ebenso wie beim erwähnten Joint Venture – eine vertiefte Prüfung des Zusammenschlussvorhabens durch die WEKO. Während Tamedia im Besitz von über 50 Medien und elektronischen Plattformen sei und die Bevölkerung in allen drei Sprachregionen erreiche, sei Goldbach führend im Bereich der Vermarktung elektronischer Medien. Der Zusammenschluss über die einzelnen Werbekanäle könnte so zu Verbundeffekten führen, die eine marktbeherrschende Stellung begründen oder verstärken könnten, weswegen die Übernahme eingehend zu prüfen sei, begründete die WEKO ihr Vorgehen. Unterdessen beauftragte Tamedia zwei Volkswirtschaftsprofessoren der Universität Freiburg, Reiner Eichenberger und Mark Schelker, mit einem Gutachten. Dieses kam zum Schluss, es sei folgerichtig, nach der Genehmigung von Admeira ebenfalls Tamedia/Goldbach zu bewilligen. Ihren positiven, abschliessenden Entscheid begründete die WEKO damit, dass sie keine Beseitigung des Wettbewerbs fürchte und der Zusammenschluss die herrschenden Marktverhältnisse nicht massgeblich verändern sollte.⁷⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 11.10.2018
MARLÈNE GERBER

Nachdem die Medien im Jahr 2017 über Gerüchte zur **Übernahme der Basler Zeitung (BaZ)** durch Ringier sowie über mögliche Kooperationen der BaZ mit der «Südostschweiz» berichtet hatten, war es im Frühjahr 2018 **Tamedia**, die ihre Absicht zum Kauf der Basler Zeitung bestätigte. In einem Interview mit der BaZ gestand Tamedia-Verleger Pietro Supino, dass der Besitz der BaZ schon immer auf seiner Wunschliste gestanden und Tamedia vom «publizistische[n] Dreieck Basel – Bern – Zürich» geträumt habe. Nach den im selben Jahr bereits erfolgten Zustimmungen der WEKO zum Joint-Venture der AZ Medien mit der NZZ-Regionalgruppe sowie zur Übernahme von Goldbach durch Tamedia wurde die Genehmigung der BaZ-Übernahme durch die WEKO im Oktober 2018 nicht als grosse Überraschung aufgefasst. Ähnlich wie bei ihrem Entscheid zum Joint-Venture «CH Media» führte die WEKO aus, es bestünden zwar Anhaltspunkte, dass die vorgesehene Übernahme eine marktbeherrschende Stellung begründen oder verstärken könnte, dies ändere die Marktverhältnisse aber kaum und der wirksame Wettbewerb werde damit nicht beseitigt. Während Tamedia somit von der durch Christoph Blochers Tochter präsidierten Zeitungshaus AG die BaZ übernahm, gab sie im Gegenzug mit dem «Rümlanger», dem «Furttaler» und dem Tagblatt der Stadt Zürich drei Gratisblätter an die Zeitungshaus AG ab. Letztere Übergabe sorgte – ähnlich wie damals bei der Einbindung von Christoph Blocher bei der BaZ – für Empörung, da die SVP und ihre Positionen in der Stadt Zürich nicht prominent vertreten sind. Die Integration der Basler Zeitung in das Netzwerk von Tamedia soll im Sommer 2019 abgeschlossen werden. Bis zu 16 Vollzeitstellen in den Bereichen Verlag, Corporate Services und Redaktionsservices müssen dabei in Basel abgebaut werden. Die Redaktion in Basel wird weiterhin mit der Berichterstattung zur Lokal- und Regionalpolitik betraut sein, sowie über Kultur, Sport und Wirtschaft berichten. Marcel Rohr ersetzt den abtretenden Markus Somm als Chefredaktor der BaZ. Rohr war seit 2005 Sportchef bei der BaZ, davor hatte er für den «Blick» und den «Sonntagsblick» geschrieben. Somm wird künftig als Autor für Tamedia tätig sein.⁷⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.10.2018
MARLÈNE GERBER

Im Juli 2018 wurde die jüngste Tochter von Christoph Blocher, Rahel Blocher, Verwaltungsratspräsidentin der aus der BaZ Holding AG hervorgegangenen **Zeitungshaus AG**. Markus Somm, damals Chefredaktor der Basler Zeitung, schied aus dem Verwaltungsrat aus, womit Christoph Blocher und Rolf Bollman im Verwaltungsrat verblieben. Sowohl Somm als auch Bollmann verkauften zu diesem Zeitpunkt ihre Anteile der Zeitungshaus AG an die Blocher-eigene Robinvest, womit diese fortan als alleinige Besitzerin eingetragen war. Rahel Blocher, ihrerseits Geschäftsführerin von Robinvest, übernahm ebenfalls den Verwaltungsratsvorsitz der Zeitungshaus-Tochterfirma Swiss Regiomedica, die insgesamt 25 im Vorjahr von der Zehnder Regionalmedia AG übernommene Gratis-Wochenblätter herausgibt. Als Gegenleistung

für die Übergabe der Basler Zeitung an Tamedia erhielt die Zeitungshaus AG im Berichtsjahr mit dem «Furttaler», dem «Rümlanger» und dem Tagblatt der Stadt Zürich drei weitere Gratisanzeiger. Die geplante Übernahme zweier weiterer, in der Romandie verankerter Anzeigebblätter, «Lausanne Cités» und «GHI», scheiterte an Jean-Marie Fleury, dem Verleger der beiden Titel, der von seinem Vorkaufrecht Gebrauch machte. 2018 erwarb die Zeitungshaus AG ferner den Winterthurer Stadtanzeiger und plante dessen Integration in die Winterthurer Zeitung. Die Konsolidierung der Stellung der Zeitungshaus AG in der Region Zürich und dabei insbesondere die Übernahme des Tagblatts der Limmattstadt erfolgte nicht lautlos. Im Zürcher Stadtparlament zeigten sich um die 60 der 125 Gemeinderätinnen und -räte um die Unabhängigkeit des Tagblatts besorgt. Der Stadtrat beruhigte; eine ausgewogene und sachliche Berichterstattung sei vertraglich vereinbart.⁷⁷

Medienpolitische Grundfragen

Die Strukturkrise der Medienbranche erfasste auch die **Nachrichtenagenturen**. Im März übernahm die Schweizerische Depeschagentur SDA, die Inlandlizenz des Deutschen Depeschendienstes DDP, die dieser 2009 mit dem Kauf des deutschsprachigen Dienstes von Associated Press AP erworben hatte. Im Gegenzug verpflichtete sich die SDA, die deutschen DDP-Textdienste sowie die Ausland-Depeschen von AP zu übernehmen. Mit diesem Tausch erlangte die SDA das Monopol über Schweizer Agenturmeldungen. Kommentiert als weiteres Krisenzeichen der Medienbranche und als Gefahr für die freie Meinungsbildung, fand das Geschäft ein medienpolitisch breites Echo.⁷⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 14.04.2010
SUZANNE SCHÄR

1) Presse vom 4.7. und 6.7.90

2) Bern: Presse vom 1.11.91. Genf: JdG, 20.12.91. Zürich: NZZ und TA, 12.12.91. Freiburg: Lib., 15.11., 22.11., 27.11., 29.11. und 6.12.91. Waadt: 24 Heures, 26.9. und 28.11.91; JdG, 28.11.91.

3) Allgemein: SoZ, 11.10.92. Genf: Presse vom 19.1., 20.1., 10.-12.3. und 19.3.92; WoZ, 6.3. und 1.5.92; JdG, 5.9., 18.9., 16.10., 10.-13.11., 17.11., 18.11., 20.11., 24.11., 10.-12.12.92; TA, 25.11.92. Waadt: JdG, 23.1., 4.2., 13.2., 14.2., 19.11. und 1.12.92. Jura: Dém., 15.9. und 17.9.92. Bern: Rund, 14.3. und 19.3.92.

4) Arbeitgeber: TA, 24.6.92. Gewerkschaften: Presse vom 25.6.92; LZ, 6.11.92.

5) Presse vom 27.6.95.

6) Presse vom 10.4., 18.7. und 19.7.97; TA, 28.6.97; NZZ, 4.7. und 30.8.97; NQ, 14.11.97.

7) NZZ, 10.1., 13.1., 18.6. und 20.8.04; Presse vom 14.1.04; TA, 16.9., 29.9. und 11.10.04; WoZ, 24.6.04. Zu keiner Einigung kam es hingegen beim GAV für die schriftliche Presse (TA, 17.9.04).

8) NZZ, 24.10.07.

9) NZZ, 24.5.07; TA, 24.8.07; Blick, 30.8.07 und BaZ, 10.9.07 (Abstimmungen); Presse vom 24.9. (Demonstration in Zürich) und 16.10.07 (erste Streiks); Lib. und 24h vom 17.10.07 (SGB); WoZ, 11.10. (Streikvorbereitung) und 8.11.07 (Verhandlungen); Bund, 13.11.07 (Nordmann); Presse vom 20.12.07 (Einigung). Zu den einzelnen Streiks siehe auch: NZZ, 15.10.07 (NEAT); Blick, TA und TdG vom 16.10.07 (Bern, Genf und Neuenburg); TA und 24h vom 2.11.07 (Zürich); NZZ, 2.11.07 (Basel).

10) BaZ, Blick und TA, 8.3.08; Presse vom 10.3.-28.3.08; AZ, NZZ und TA, 8.4.08; Lib. und NZZ, 15.3.08 (Freiburg).

11) BaZ, 22.1. und 25.1. (Baumeister), 30.1. (Implenia und Gewerkschaften) sowie 13.3.08 (Streiks in Basel); WoZ, 31.1.08; TA, 23.2.08 und Lib., 15.3.08 (TI, FR, VD); Bund, 27.3.08 (Gespräche); TA, 2.4. und 3.4.08 (Streiks in Zürich); AZ und Bund, 15.4.08 (Einigung); TA, 29.4.08; AZ und SGT, 30.4.08 (Delegiertenversammlungen).

12) Büz, 26.6.08.

13) NEAT: TA, 14.7.08; LT, 15.7.08. Neuenburg: TA, 17.11. und 18.11.08; QJ, 15.11., 17.11. und 18.11.08.

14) LT und TG, 4.-13.1.10.

15) TA, 14.11.10

16) NZZ, 26.11.10

17) NZZ und SZ, 8.12.10

18) TG, 17.12., 23.12.10; LT, 4.12.10.

19) LT, 2.2.18; LT, 27.6.18; RTS, 31.1.18; BaZ, 31.1., 1.2., 2.2.18; BU, 20.2.18

20) Medienmitteilung RR Kt. Graubünden vom 19.12.19; SGR, 26.3., 27.3.19; NZZ, 16.8.19

21) DAZ: TA, 10.7.97.; NZZ, 24.4.97. SAZ: SN, 2.7.97.; TW, 25.9.97; WoZ und Bund, 26.9.97.; NLZ, 19.6.97.; Ww, 20.11.97.; Presse vom 10.9.97.; NZZ, 18.12.97; Presse vom 25.6., 14.10., 16.10. und 2.12.97.; Presse vom 3.1.98.; TW, 27.11.97.; Presse vom 7.1.97; TA, 30.7.97.; SGT, 18.9., 22.11. und 24.11.97; Presse vom 5.11.97.; TA, 30.1.97; Büz, 23.5.97; Klartext, 1998, Nr. 1, S. 28 ff.

22) Bund, 1.9.98; Presse vom 2.9.98.; Bund, 14.1.98; BaZ, 22.7.98; Presse vom 5.8.98; WoZ, 6.8.98.; Bund, 4.1.99.; JdG, 31.1.98; Presse vom 7.1., 25.2., 28.2., 18.3. und 19.3.98; NZZ, 8.1.99. Lit. Flux resp. Maurice.20; JdG, 6.2.98; LT, 3.10.98; Lib. 8.10.98; TG, 23.10.98.22; NZZ, 12.1. und 14.1.98; SN, 6.2.98; TA, 17.2.98.; NZZ, 12.2.99.; NZZ, 5.1. und 30.3.98; SGT, 6.2.98.; Presse vom 1.12.98.; Presse vom 22.1., 19.6., 30.6., 18.7. und 15.8.98; Bund, 29.1.98; BaZ, 2.2.98.; Presse vom 23.2., 11.5., 3.12. und 9.12.98; 24 Heures, 7.12., 14.12. und 19.12.98; LT, 12.12. und 15.12.98.23; Presse vom 30.9., 28.10. und 30.10. sowie 11.-16.11.98; CdT, 27.10., 29.10., 2.11., 12.11., 17.11. und 19.11.98.; Presse vom 7.1.98; Büz, 2.3.98; Presse vom 9.-11.2.98; NZZ, 14.2.98.21; TA, 12.2., 13.11. und 27.11.98; Presse vom 4.9. und 5.12.98.

23) AZ, 24.2. und 25.2.99; Presse vom 27.2.99; NZZ, 1.3., 2.3. und 29.11.99; SHZ, 31.3.99.; H, 6.1.99; LT, 7.1. und 27.3.99; Presse vom 5.3., 6.3., 29.4. und 23.6.99.; NZZ, 22.10.99.; NZZ, 30.1., 30.8. und 15.12.99.; Presse vom 14.7.99; BaZ, 29.7.99; SN, 13.8.99.; Presse vom 14.9. und 15.9.99; NZZ, 20.4.00.; Presse vom 16.12.99; AZ, 17.12.99.; Presse vom 16.9., 28.10. und 1.12.99; Lib., 20.9.99; TG, 18.9. und 2.10.99; WoZ, 2.12.99.; Presse vom 18.2.99; NZZ, 20.2.99; Express, 24.7.99.; Presse vom 20.5.99; TA, 22.5.99; NZZ, 28.5.99.; Presse vom 28.4. und 9.12.99; WoZ, 29.4.99; TA, 28.6.99; LT, 3.7. und 16.11.99; TG, 6.7. und 16.11.99; Lib., 15.11.99; 24 h, 2.12.99; Express, 7.12.99; NZZ, 10.12. und 21.12.99.; Ww, 27.5.99; Presse vom 24.7. und 13.12.99; NZZ, 27.7., 28.8., 25.9., 18.11., 11.12. und 14.12.99; BaZ, 18.8. und 30.8.99; SHZ, 1.9. und 13.10.99; LT, 15.12.99; SGT, 18.12.99; Bund, 20.12.99.

24) Presse vom 30.10. und 21.12.00; LT, 31.10.00; Bund, 1.11.00; SGT, 18.11.00.; SGT, 27.12.00.

25) LT, 18.1.01; NZZ, 30.1.01.; NZZ, 7.5.01.

26) Presse vom 15.3.01; NZZ, 3.7.01; Bund 3.7. und 6.10.01; BaZ, 4.9. und 29.12.01.; Presse vom 18.5. und 22.10.01; Bund, 28.9.01; NZZ, 6.10.01.

27) Presse du 3.1 et du 4.1.02; TA, 24.01.02.

- 28) Presse du 26.4.02; AZ, 2.5.02; NZZ, 29.5.02.
 29) Presse du 9.8.02; AZ, 10.8.02.
 30) LT, 16.1.04.
 31) NZZ, 15.4.05.
 32) AZ, 30.6.05; NZZ, 6.7.05.
 33) AZ und LT, 31.10.05; NZZ, 1.11.05.; NZZ, 5.3.05; Lib., 3.3.05.
 34) NZZ, 1.3.05; BaZ, 26.2.05.; Presse vom 28.1.05.; Presse vom 9.9.05.; SGT, 6.12.05.; TA, 22.1.05; NZZ, 22.1.05.
 35) Lit. Maissen und Meyer.; NZZ, 9.12.05.
 36) BÜZ und SGT, 28.4.06.
 37) Presse vom 8.3.06; AZ, 29.3.06; BZ, 15.5.06; NZZ, 8.3.06; 24h, 8.9.06; LT, 9.9.06.
 38) TA, 21.3. und 4.11.06; NZZ, 2.11., 7.11. und 15.12.06.
 39) LT und 24h, 23.6.06; Lib., 19.12.06; LT, 20.12.06.
 40) NZZ, SGT und TA, 9.1.07; LT, 5.2.07; Lib., 6.2.07; NZZ, 7.2.07
 41) Presse vom 21.6.07. BaZ, Bund und LT, 1.6.07.
 42) NZZ, 7.3.07; AZ, 15.9. und 1.11.07.
 43) TG und 24h, 26.5.07; BaZ und Bund, 18.6.07; NZZ, 18.6. und 30.6.07; TA, 5.12.07; NZZ, 11.12.07.
 44) Presse vom 7.8.08; BZ und TA, 8.8.08.
 45) BÜZ, 6.8., 11.11., 26.11. und 24.12.08; NZZ, 7.8. und 27.11.08.
 46) Presse vom, 2.12.08; NZZ, 13.12.08; Bund, 16.12.08; BaZ und SGT, 29.12.08.
 47) Bund, 26.3.09; Presse vom 15.5.09; Bund und NZZ, 27.5.09.
 48) Übernahme von Vogt-Schild durch AZ Medien: Presse vom 18.3.09. Solothurner Tagblatt: Bund, 4.9.09.
 49) Lib., 27.11.09.
 50) „Cash“: Bund, 18.3.09. „ch“: Bund und NZZ, 5.5.09. „Blick am Abend“: NZZ, 19.8. und 5.12.09. „News“: SZ, 25.8.09; NZZ, 5.12.09. „Le Matin Bleu“: Lib., 19.9.09. „20 Minuten“: BÜZ, 14.12.09.
 51) NZZ, 13.1., 3.6., 14.8., 24.9., 23.11. und 29.11.10; LT, 8.2.10; TA, 17.2.10; NLZ, 13.3.10 ; BaZ, 2.6.10; WoZ, 9.9.10.
 52) NZZ, 19.2. und 1.4.10; BZ, 27.3.10; NZZ, 18.5.10; Bund, 6.11.10; NZZ, 6.11.10.
 53) Tagespresse vom 16.4.10; SN, 17.4.10.; Le Nouvelliste, 1.7.2010; Tagespresse vom 13.7.10; SoS, 17.11.10; SN, Medienmitteilung, 18.11.10; NZZ, 19.11.10.
 54) Tagespresse vom 21.1.10; AZ, 9.2.10; WoZ, 11.2.10; Tagespresse vom 31.8., 15.11., 16.11., 25.11. und 27.11.10; BaZ, 17.11.2010; SoZ, 21.11.10 ; SoZ, 28.11.10.
 55) NZZ und TA, 4.1.11
 56) Bund, 13.12.11; NZZ, 28.6.11; Tagespresse vom 15.09.2011; Presse vom 28.10.11
 57) NZZ, 31.1.13; SO, 24.3.13; SoS, 25.3.13.
 58) BaZ und BLZ, 30.4.13; SGT, 2.5.13
 59) LZ, 26.6.13; NZZ, 27.6.13.
 60) NZZ, 28.8.13
 61) TA und Lib., 9.10.13; BaZ, 14.11.13; NZZ, 30.11.13.
 62) NZZ, 14.5.14; AZ, 26.11.14; NZZ, 19.12., 20.12.14
 63) NZZ Online, 12.1.15; TA, 4.2.15
 64) Lib, 28.10.15
 65) AZ, 10.1.17; LT, 27.2., 8.3., 14.3.17; NZZ, 1.4.17; LT, 26.4.17; BZ, 21.7.17; BZ, LT, 28.8.17; SZ, 26.9.17; WW, 19.10.17; LT, Lib, NZZ, TG, 31.10.17; Exp, 9.11.17; LMD, 15.12.17; AZ, 16.12.17
 66) 24H, LMD, LT, LZ, Lib, NZZ, TA, TG, 24.1.17; Lib, 26.1.17; NZZ, 27.1.17; AZ, 28.1.17; SO, 29.1.17; AZ, 30.1.17; TA, 3.2.17; Lib, 17.2.17; TG, 20.2.17; WW, 23.2.17
 67) TA, 20.4.17; AZ, NZZ, TA, 8.6.17; BU, 20.9.17; SoZ, 24.9.17; WW, 28.9.17; WoZ, 12.10.17; AZ, 14.10.17; WoZ, 19.10.17; TA, 20.10.17; WoZ, 9.11.17; TA, 30.11.17; WW, WoZ, 7.12.17; AZ, NZZ, SGT, TA, 8.12.17; WW, 21.12.17
 68) Ip, 17.3316; Medienmitteilung Lia Rumantscha vom 17.8.17; TA, 28.3.17; SGT, 16.5.17; BZ, 21.7.17; NZZ, 12.9.17
 69) TA, 6.1.17; AZ, BaZ, Blick, LZ, NZZ, SGT, TA, 17.8.17; TG, 18.8.17; TA, 19.8.17; WW, 24.8.17; AZ, 26.8.17; LT, 28.8.17; LZ, 25.10.17; AZ, NZZ, 26.10.17; AZ, 28.10.17; TA, 31.10.17; SGL, 3.11.17
 70) AZ, LT, Lib, NZZ, TG, 23.8.17
 71) NZZ, 8.4.17; AZ, LT, NZZ, SGT, TA, TG, 24.8.17; LT, 25.8.17; WW, 31.8.17; NZZ, 23.11.17; LMD, LT, 23.12.17
 72) AZ, Lib, NZZ, TA, 23.12.17
 73) AZ, TA, 31.1.18; AZ, 24.2.18
 74) Medienmitteilung WEKO vom 16.8.18; Medienmitteilung WEKO vom 26.6.18; AZ, NZZ, 17.8.18; AZ, SGT, 11.10.18; SGT, 16.11.18; NZZ, 19.11.18
 75) Medienmitteilung WEKO vom 16.8.18; Medienmitteilung WEKO vom 9.5.18; AZ, LT, 15.8.18; LT, NZZ, 17.8.18
 76) Medienmitteilung WEKO vom 11.10.18; BLZ, 14.3.18; AZ, WoZ, 15.3.18; BaZ, 19.4.18; BaZ, NZZ, 12.10.18; BLZ, 13.10.18; BaZ, NZZ, 30.10.18; AZ, 1.11.18; BaZ, 22.12.18
 77) AZ, Blick, LT, TA, 19.4.18; TA, 26.4.18; AZ, 20.7.18; NZZ, 12.10., 31.10., 24.11.18
 78) AB NR, 2010, S. 174 und 1123; SoS, 30.1.10; NZZ, 30.1.10; WoZ, 25.3.10; Lib., 14.4.10.